

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 26, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Zu den Wahlen am 20. Mai.

Der Deutsche Reichstag ist am 31. März aufgelöst worden. Er war das Parlament des Bürgerblocks, der politischen und kulturellen Reaktion. Schonung des Besitzes und weitgehende Abbildung aller Lasten auf die Schultern der breiten Masse war das Leitmotiv seiner sozial-, wirtschafts- und steuerpolitischen Gesetzgebung. Nun gilt es, einen neuen Reichstag, in einzelnen Ländern neue Landtage zu wählen.

Am 20. Mai hat das deutsche Volk, hat die deutsche Arbeiterschaft über die Zusammensetzung des neuen Reichstages zu entscheiden.

Vom Ausgang der Wahl hängt nicht nur der außen- und innerpolitische Kurs ab, der in den nächsten vier Jahren in Deutschland gesteuert werden soll. Am 20. Mai wird in erster Linie über die Richtung der Wirtschaftspolitik, über Stillstand oder Ausbau der Sozialpolitik entschieden.

Der Wahlausfall ist entscheidend für die Frage, ob durch eine von den Rechtsparteien geforderte Hochschulzollpolitik, Fleisch, Brot, Kartoffeln, Zucker und alle sonstigen Nahrungsmittel verteuert, ob durch wucherische Preissteigerungen und indirekte Steuern der Reallohn gesenkt, ob durch hohe Industriezölle gewissen Interessengruppen hohe Sondergewinne zugeschanzt oder ob durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik der internationale Austausch gefördert, die Kaufkraft auf dem Binnenmarkt gestärkt und der Massenwohlstand gehoben werden soll.

Der neue Reichstag hat das Arbeitsschutzgesetz zu beschließen und dabei eine für längere Zeit geltende gesetzliche Arbeitszeitregelung vorzunehmen. Von

seiner Zusammensetzung wird es abhängen, ob die Sehnsucht der deutschen Arbeiterschaft nach dem Achtstundentag als Normalarbeitstag erfüllt, oder ob wieder so viele Ausnahmen zugelassen werden, daß der Achtstundentag selbst zur Ausnahme wird. Diese Stellungnahme wird nicht nur für die deutsche, sondern für die gesamte internationale Sozialpolitik von ausschlaggebender Bedeutung sein. Neben der Arbeitszeitfrage wird über die Fragen der Arbeitsaufficht und des Arbeiterschutzes entschieden werden.

Der neue Reichstag hat Stellung zu nehmen zur Bildung des Reichswirtschaftsrates und zu den Forderungen der Gewerkschaften auf Mitbeteiligung der Arbeiterschaft an der Gestaltung und Führung der Wirtschaft.

Im Berufsausbildungsgesetz sollen die Forderungen der gewerkschaftlichen und sozialistischen Jugendverbände verwirklicht werden. Die Fragen der Jugendausbildung und des Jugendschutzes werden nur dann den Erwartungen der werklätigen Jugend entsprechen, wenn die Arbeiterschaft den ihr gebührenden Einfluß im Parlament hat.

Darüber hinaus verlangen die Gewerkschaften den Erlaß eines Tarif- und eines Arbeitsvertragsgesetzes, Weiterbildung und Vereinheitlichung des gesamten Arbeitsrechts, Ausbau der Sozialversicherung und der vorbeugenden Gesundheitspflege. Die immer noch bestehende Wohnungsnot erfordert eine planmäßige Wohnungsfürsorge, Ausgestaltung des Mieterschutzes und Schaffung eines sozialen Wohnrechts.

Dieser kurze Hinweis auf die vom nächsten Reichstag zu behandelnden Fragen zeigt, wie stark die Gewerkschaften am Ausfall der Wahl interessiert sein müssen. Die Arbeiterschaft hat selbst darüber zu entscheiden, ob die Arbeit der Gewerkschaften durch einen arbeiterfreundlichen Reichstag gefördert oder durch einen politisch und sozialreaktionären Reichstag gehemmt werden soll. An der Arbeiterschaft liegt es, die Kandidaten der Partei zu wählen, die die Gewerkschaften in ihrem Kampf um die Hebung der materiellen, sozialen und kulturellen Lage der Arbeiter unterstützt hat, die jederzeit mit voller Ueberzeugung für die Sache der Arbeiter eingetreten ist und den Kampf um die Befreiung der Arbeiterschaft führt. Das ist nach unserer festen und innersten Ueberzeugung einzig und allein die Sozialdemokratische Partei.

Politische Macht, wirtschaftlichen Einfluß und Hebung ihrer sozialen Lage kann die Arbeiterschaft nur erreichen durch hingebende, aufbauende, sich gegenseitig ergänzende Arbeit ihrer gewerkschaftlichen Organisationen und parlamentarischen Vertretungen. Einig und geschlossen müssen die Reihen der Arbeiterschaft bei diesem entscheidenden Wahlkampfe dastehen.

Darum empfehlen wir unsern wahlberechtigten Verbandskollegen,

für die Liste der Sozialdemokratischen Partei zu werben und zu stimmen.

Tragt auch Ihr bei, Kollegen, daß ein Reichstag gewählt wird, der die Wohlfahrt und den Aufstieg des werklätigen Volkes nicht mit schönen Worten abtut, sondern zum obersten Gebot seiner Handlungen macht.

Die Unternehmer und die politischen Kämpfe.

Die Wahlkämpfe in den letzten Wochen haben alle Kreise der Bevölkerung erfaßt. Jede Berufsschicht ist sich im großen und ganzen über deren Bedeutung klar. Die Staatsgewalt wächst immer mehr, weshalb jede Klasse den Versuch macht, Einfluß auf die politischen Geschicke zu gewinnen. In diesem Zusammenhang kann auch die Frage untersucht werden, wie die Unternehmer sich zu derartigen politischen Kämpfen stellen und wie sie aktiv in diese eingreifen.

Sieht man die Listen der Parlamentsmitglieder durch, so wird man sehr wenig Industrielle, Bankiers und Handelsherren darunter finden. Diejenigen Herren, die im Wirtschaftsleben, in den großen wirtschaftlichen Verbänden, in den großen Werken usw. an erster Stelle stehen, halten sich in der Regel von aktiver politischer Betätigung fern. Es ist dies öfteren, doch vergebens, an sie der Ruf ergangen, sich am politischen Leben zu beteiligen. Nach der Staatsumwälzung waren Hugo Stinnes, Albert Vögeler und andere als Reichstagsabgeordnete aufgestellt und gewählt. Wer sich jene Zeiten ins Gedächtnis ruft, wird nicht sagen können, daß diese Herren des öfteren die Parlamentstribüne bestiegen hätten, um dort ihre Ansicht kundzutun und das Staatsgetriebe von dieser Stelle aus zu beeinflussen.

Dem Kenner der Kräfteverteilung im modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsleben verwundert eine derartige Passivität nicht. Das Wesen des modernen Staates wird nicht allein von den politischen Faktoren bestimmt. Im stillen wirkende Kräfte der Wirtschaft sind es, die nachhaltig auf den Gang der Staatsgeschäfte einwirken. Man hat in Deutschland lange Zeit von einer Stinnesrepublik gesprochen, weil dieser Mann als der Inbegriff des Willens der Unternehmer galt und diese Gruppe weitestgehend eine ungeheure Bedeutung nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im politischen und gesellschaftlichen Leben besaß.

Auf der andern Seite hat man des öfteren von einer Nebenregierung der Gewerkschaften gesprochen. Rechtsgerichtete Zeitungen und ausgesprochene Unternehmerorgane wurden nicht müde, immer und immer wieder in die Welt hinauszurufen, daß die Gewerkschaften auf den Gang der politischen Geschäfte einen großen Einfluß ausüben in der Lage seien. Zweifellos traf dies zu; denn

eine solche Massenorganisation wie die Gewerkschaften kann natürlich, selbst bei politischen Entscheidungen, nicht übergangen werden, sitemalen 75 % aller politischen Fragen einen wirtschaftlichen Untergrund haben. Hiermit sollte dargetan werden, daß die großen Organisationen der Wirtschaft und des sozialen Lebens von sich aus wirken und ihre Bedeutung selbst in der Politik behalten werden.

Wenn auch die Unternehmer in Deutschland als politische Akteure weniger in Erscheinung treten, so stehen sie natürlich selbst bei politischen Kämpfen nicht abseits. Sie haben in allen Parteien rechts der Sozialdemokratie ihre Vertreter, die als Syndikus oder sonstwie mit ihnen in direkten Beziehungen stehen. Als ausgesprochene Parteien der Unternehmerinteressen können die Deutschnationale Volkspartei und die Volkspartei angesehen werden. Die Deutschnationale Volkspartei ist bekanntlich die Nachfolgerin der Konservativen und der Freikonservativen, während die Deutsche Volkspartei im wesentlichen diejenigen Gruppen vertritt, die sich früher um die nationalliberale Partei scharten. Auch das Zentrum hat Vertreter der Unternehmer in seinen Reihen. Desgleichen die Demokratische Partei.

Es galt früher als ganz selbstverständlich, daß die den rechtsgerichteten Parteien entstehenden Wahlkosten von den Unternehmern beziehungsweise den Industrie-, Handels- und Verkehrsfirmer gezahlt wurden. Die zu diesem Zweck zusammengekommenen Beträge gingen nicht in kleinen Portionen ein, wie beispielsweise die Sammellisten der Arbeiterpartei, sondern es wurden von einzelnen Firmen und Personen ganz gewaltige Summen auf einmal gezahlt. Im Jahre 1906 wurde zum Beispiel im Ruhrgebiet ein Zirkular bekannt, das unter anderem folgendes enthielt: „In der gestrigen Zusammenkunft der Vertreter der in den Kreisen Dortmund und Hörde gelegenen Firmen wurde einstimmig beschlossen, zum Wahlfonds für die bevorstehende Reichstagswahl einen Beitrag von 1,50 M pro 1000 Tomen der vorjährigen Förderung zu zahlen. . . Dieser Beitrag zum Wahlfonds ist einzuzahlen beim Dortmunder Bankverein. . . Am Verwechslungen zu vermeiden, sind die Jahresbeiträge für den Nationalliberalen Parteiensatz bei der Essener Credit-Anstalt zu Dortmund einzuzahlen“. Das ist ein Beispiel für viele und beweist, daß die Industrie mit den ausgerichteten Parteien auch schon damals nahe verwandt war. Bekannt

ist auch der Versuch des damaligen Staatssekretärs Posadowski, der um die Jahrhundertwende von den Schwerindustriellen 12 000 M erbettelte, um die Zuchtlausvorlage durchzuführen.

So war es früher. In der neueren Zeit ist es nicht anders. Auch beim diesmaligen Wahlkampf ist es schon verschiedentlich bekanntgeworden, daß die Unternehmerorganisationen ihre Mitglieder angehalten haben, zum Wahlfonds der rechtsgerichteten Parteien ansehnliche Summen beizusteuern. Handelte es sich früher um einige tausend Mark, so wird es sich, dessen sind wir sicher, diesmal um Millionenbeträge handeln, die die Industrie, die Banken, der Handel und Verkehr zu den politischen Kämpfen beisteuern. Die Parlamentswahlen der nächsten Zeit werden also auch unter Einfluß gewaltiger Mittel seitens der Unternehmer geführt werden. Die Herren klagen zwar, daß die Wirtschaft so schlecht geht, daß nichts verdient würde und die Ersparnisse der Nationalisierung für Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter drauf gingen. Aber das hindert nicht daran, daß sie unter Aufwand gewaltiger Mittel bestrebt sind, um Parlamente zusammenzubringen, die den Unternehmern genehm sind. Dieser Wahlkampf wird gewaltige Mittel verschlingen. Die silbernen Kugeln der Unternehmer werden den Ausschlag geben und den Hauptteil der Wahlkosten bei den Rechtsparteien ausmachen.

Es geht um die Macht im Staate. Das freie Wahlrecht hat nicht das gebracht, was wir erhofft haben. Was wären die Deutschnationalen, die Volkspartei und all die andern für ein winziges Häufchen, wenn sie nicht den gewaltigen Zuzug aus den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten bekommen würden? Diese Kälber, die sich ihre Metzger selber wählen, werden durch einen ungeheuren Propagandaapparat gewonnen. Dieser Apparat wird von den Unternehmern bezahlt. Die Voraussetzungen eines freien Wahlrechts sind politische Reife und eigene Urteilsfähigkeit. Daß es hieran sehr mangelte, dürfte allgemein bekannt sein. Die gewaltigen Mittel der Unternehmer werden im Wahlkampf eingesetzt, um den Einfluß der Arbeiterklasse im Parlament zu vermindern. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen sich deshalb materiell und ideell für die Sozialdemokratie einsetzen, damit ein Gegengewicht entsteht und die Gelder der Unternehmer nutzlos verpulvert werden.

Die Frühjahrskämpfe in der deutschen Metallindustrie.

Ganz gewaltig sind die Anstrengungen, die die deutsche Metallindustriellen machen, um ihren Willen der Arbeiterschaft aufzuzwingen und jede Forderung nach Angleichung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten im Keim zu ersticken. Hunderttausende von Metallarbeitern und ein nicht unerheblicher Teil unserer in der Metallindustrie beschäftigten Kollegen haben in diesem Frühjahr im Kampf gegen die herrschende Unternehmertumsmacht die wirtschaftliche Macht pochenden Unternehmertums zu brechen. Als im Februar dieses Jahres im mitteldeutschen Industriebezirk die Arbeiterschaft den Zeitpunkt für gekommen erachtete, um nun auch ihrerseits von den glänzenden Konjunkturgewinnen einen gebührenden Teil zu fordern, und 55 000 Arbeiter in den Streik trafen mußten, um der Forderung Nachdruck zu verleihen, drohten die Metallindustriellen, 800 000 Metallarbeiter auf die Straße zu setzen, wenn nicht die Arbeit sofort und bedingungslos wieder aufgenommen würde. Durch einen gegen den Willen der Arbeiterschaft für verbindlich erklärten Schiedspruch wurde die Unternehmerorganisation davor bewahrt, die Feuerprobe auf die Solidarität ihrer Mitglieder zu machen. Die Arbeiterschaft aber hat in mehr als vierwöchigem Kampf ihre volle Einmütigkeit gezeigt und dem Unternehmertum bewiesen, daß es sich irt mit der Annahme, die Arbeiterschaft durch die Hungerpeitsche und Aussperrungsdrohungen zu gesügigen Ausbeutungsobjekten machen zu können. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß der Kampf in Mitteldeutschland, der eine Lohnerhöhung von 5 % brachte, schließlich durch die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedspruchs beendet wurde.

Kaum war in Mitteldeutschland der Friede geschlossen, als in der Berliner Metallindustrie der Kampf um die Höhe der Werkzeugmacher entbrannte. Der starre Willen der Unternehmer führte auch hier zum Streik. Die Vertreter des Verbandes der Berliner Metallindustriellen erklärten in der ersten Verhandlung, daß jede Regelung, die einen Gruppentarif bedeuten würde und auch nur eine Zahl nennt, ausgeschlossen bleiben muß. Der den Unternehmern sehr bequeme tariflose Zustand sollte durch ein Lohnabkommen für die Werkzeugmacher auf keinen Fall durchbrochen werden. Eine von dem Berliner Schlichter gebildete Sonderkommission brachte am 7. März einen Schiedspruch zusammen, der die Ablehnung beider Parteien fand. Auch ein am 10. März gefällter neuer Schiedspruch fand bei den Werkzeugmachern einstimmige Ablehnung, wurde aber dennoch am 12. März für verbindlich erklärt. Nach beinahe zweiwöchigem Streik wurde am 14. März die Arbeit wieder aufgenommen, ohne daß die Aussperrungsandrohungen erhebliche praktische Bedeutung erlangt hatten. Trotzdem der Schiedspruch für die Werkzeugmacher unbefriedigend blieb, hat er dennoch für die gesamte Berliner Metallarbeiterschaft nicht zu verkleinernde Erfolge gebracht. Schritt für Schritt haben die Metallindustriellen unter dem Druck des Kampfwillens der Werkzeugmacher zurückweichen und sich schließlich zu Verhandlungen und zum Abschluß nicht nur eines Gruppenabkommens für die Werkzeugmacher, sondern auch zu einem Tarifvertrag für sämtliche Angelernte und Facharbeiter bereitfinden müssen. Dieser Erfolg ist für die Arbeiterschaft der Berliner Metallindustrie äußerst wichtig.

Als im März dieses Jahres der Manteltarif für die sächsische Metallindustrie abgelaufen war und die Gewerkschaften ihre Forderungen zum Neuabschluss und Verbesserungen des Tarifs erhoben, versuchten die Unternehmer, den alten Tarif in verschlechterter Form bis zum 30. September 1929 zu verlängern. Sie fühlten sich so stark und schätzten die Kampfkraft der Gewerkschaften so gering, daß sie alle Forderungen der Arbeiterschaft ganz kategorisch ablehnten. Ein Schiedspruch zum Manteltarif fand die Ablehnung der Arbeiterschaft, da er die wichtigsten Forderungen der Arbeiterschaft unberücksichtigt ließ. Die Unternehmer beantragten die Verbindlichkeitserklärung, da sie in dem neuen Manteltarif eine Ablehnung der aufgestellten Forderungen sahen. Genau so verhielten sie sich in der

Lohnfrage. Den bisherigen Lohn glaubten sie bis zum Herbst 1929 verlängern zu können. Als auch durch einen Schiedspruch keine Angleichung der sich widerstrebenden Interessen möglich war, traten am 4. April in Dresden, Chemnitz, Zwickau und Plauen etwa 22 000 Arbeiter der Metallindustrie in den Streik. Sofort drohten die Industriellen, die gesamte sächsische Metallarbeiterschaft auszusperren, wenn nicht bis zum 12. April eine Einigung zustande komme. Gleichzeitig riefen sie den Schlichter erneut an. Ohne aber dessen Entscheidung abzuwarten, ließen sie ihrer Drohung die Tat folgen und sperrten am 13. April 130 000 Metallarbeiter aus. Ein am 16. April zustande gekommener Schiedspruch fand Ablehnung durch die Landesparlamentarische Kommission der sächsischen Metallarbeiter. Aber auch die Organisationsleitung der Industriellen lehnte den Schiedspruch ab, da er „eine finanziell untragbare Belastung“ der Industrie bedeute. Am 25. April wurden die streikenden Parteien nochmals an den Verhandlungstisch gebracht. Da auch diese Verhandlungen ergebnislos verliefen, die Kampf-lage aber durch die Aussperrung der sächsischen Häfenwerke eine weitere Verschärfung erfahren hatte, wurden vom Reichsarbeitsminister drei Schlichterkammern eingesetzt, die am 4. und 5. Mai für das Tarifgebiet Sachsen, für die Betriebe des sächsischen Arbeitgeberverbands und für das besondere Tarifgebiet Leipzig drei Sprüche fällten, die in den Tarifgebieten fast gleichlautend einen Einstellungslohn von 80 beziehungsweise 81 % vorsehen und mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. März 1929 gekündigt werden können. Trotz der fast einstimmigen Ablehnung durch die Arbeiterschaft wurden die Schiedsprüche am 9. Mai vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt und somit ein äußerst jäh geführter Kampf, an dem auch rund 500 unserer Kollegen beteiligt waren, beendet. Besonders unbefriedigend für die Arbeiterschaft ist, daß das so zustande gekommene Zwangslohnabkommen keine Möglichkeit offen läßt, etwa im Laufe des Jahres eintretende Werteveränderungen der Lebenshaltung durch höhere Löhne wieder auszugleichen.

Aber auch in kleinen Industriegebieten zeigten sich die Unternehmer als die starken Herren. Im mittelbadischen Industriegebiet konnte, als am 31. März das Lohnabkommen abließ, keine Verständigung erzielt werden. Da den Unternehmern ein am 12. April ausgesprochener Schiedspruch nicht behagte, kündigten sie die gesamten Belegschaften zum 2. Mai. Der inzwischen für verbindlich erklärte Schiedspruch ließ es aber zu keinem allgemeinen offenen Kampf kommen. Nur in einzelnen Betrieben mußte die Arbeiterschaft zum Mittel des Streiks greifen. Am 4. Mai aber war die Bewegung vollständig beendet.

Noch nicht beendet ist der Lohn- und Tarifstreit in der Metallindustrie Hannovers. Der Ablauf des Manteltarifs am 31. März und der Ablauf des Lohnabkommens am 14. April war den Industriellen eine willkommene Gelegenheit, eine Machprobe zu versuchen. Selbst die Forderung der Akkordarbeiter, ihnen bei den Akkorden zumindest den Stundenlohn zu garantieren, fand Ablehnung. Eine Versammlung der in der Industrie Beschäftigten nahm am 15. April zu einem Angebot der Unternehmer Stellung und lehnte es ab. Abgelehnt wurde auch, die Schlichtungsinstanzen anzurufen; die Gewerkschaften wurden mit der Vorbereitung des Kampfes beauftragt. Darauf sperrten am 19. April die größeren Metallbetriebe Hannovers ihre Belegschaften aus, um auf die Arbeiterschaft einerseits, andererseits aber auch auf die von den Unternehmern anerufenen Schlichtungsinstanzen einen Druck auszuüben. Bei der „Hanomag“ allein sind mehr als 100 unserer Löhnerkollegen betroffen. Am 10. Mai nahm die Arbeiterschaft zu einem Schiedspruch Stellung und lehnte ihn fast einstimmig ab. Da die Unternehmer dem Schiedspruch zustimmten und wahrscheinlich die Verbindlichkeitserklärung beantragen werden, wird bei Erscheinen dieser Zeilen der Kampf aller Voraussicht nach beendet sein.

So haben fast in allen Wirtschaftsgebieten Deutschlands in diesem Frühjahr die Metallarbeiter und mit ihnen unsere in der Industrie beschäftigten Kollegen mehr oder weniger heftige Lohn- und Arbeitskämpfe führen müssen.

Sie hatten die hartnäckigste und wirtschaftlich stärkste Unternehmerrgruppe zum Gegner, die trotz der guten Aussichten des letzten Geschäftsjahres und der steigenden Umsatzen sogar von einem Lohnabbau zu reden wagt. Sie sind unverkennbar genug, sie behaupten, daß niedrige Löhne bei gleichbleibenden Preisen sogar im „öffentlichen Interesse“ lägen. Den Arbeitern aber ist die hohe Ehre zu gedacht, im öffentlichen Interesse, dem Interesse einer arbeitstüchtigen und profitgeliebten Oberschicht also, zu verhungern. Das nennt das deutsche Unternehmertum das „öffentliche Interesse“, und es findet dabei oft ein sehr williges Ohr bei den staatlichen Schlichtungsinstanzen. Der Arbeiterschaft aber erwächst daraus die Pflicht, und die Metallarbeiterschaft hat es noch sehr notwendig, sich auf die Kraft des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu verlassen und dem geeinten Unternehmertum eine geeignete Arbeiterschaft entgegenstellen, — so stark und voller Machtbewußtsein und so zielbewußt auch in ihrem politischen Willen, daß keine Schlichtungsinstanzen sich über den Willen der Arbeiterschaft hinwegsetzen können und Schiedsprüche für verbindlich erklären, die nur im Interesse des Unternehmertums liegen.

Die Vierzigstundenwoche als Malmehrent in Amerika.

(JON.) Laut „International Labor News Service“ (ILNS) hat eine der größten Firmen der Bekleidungsindustrie der Vereinigten Staaten nach eingehenden und sehr sachlichen Verhandlungen mit der Vereinigten Bekleidungsarbeitergewerkschaft beschlossen, vom 1. Mai an die 40-Stundenwoche einzuführen, und zwar so, daß an 5 Tagen der Woche je 8 Stunden gearbeitet und für den dadurch verursachten Ausfall an Arbeitsstunden gleichzeitig eine Lohnerhöhung eingeführt wird. In der bei dieser Gelegenheit publizierten Bekanntmachung sagt die Geschäftsführung des Unternehmens unter anderem, daß sie die Einführung der 40-Stunden-Woche schon seit einiger Zeit in Erwägung gezogen habe und zum Schluß gekommen sei, daß die 40-Stundenwoche mit je 8 Stunden Tagesarbeit „wirtschaftlich und gesund“ sei. Ferner wird gesagt, daß die Entwicklung der modernen Technik und die größere Arbeitsleistung des Durchschnittsarbeiters in den Betrieben die Einführung der verkürzten Arbeitszeit rechtfertige.

Der ILNS bemerkt in diesem Zusammenhang, daß ohne Zweifel andere Unternehmer diesem Beispiel folgen werden. Dies ist bereits geschehen, indem soeben die größte Firma der Bekleidungsindustrie von Neu-England ebenfalls die Einführung der 40-Stunden-Woche angekündigt. Beide Firmen unterhalten mit der Vereinigten Bekleidungsarbeitergewerkschaft seit vielen Jahren — die letztere Firma seit 30 Jahren — die besten Beziehungen und Arbeitsvereinbarungen, wobei zum Beispiel auf allen von ihnen hergestellten Kleidungsstücken als Zeichen der untergewerkschaftlichen Bedingungen erfolgenden Produktion die „Union Label“ (Gewerkschaftsmarke) angebracht ist. In der „alten“ Welt haben unterdessen die Unternehmerdelegierten im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Bestimmungen für die Revision internationaler Konventionen zu erwirken, die eine völlige Vernichtung der 48-Stunden-Woche ermöglichen. Wenn es ihnen auch auf Grund der energischen Stellungnahme der Arbeitergruppe nicht gelungen ist, im ersten Anlauf die Stellung zu nehmen, so erblickten sie doch wenigstens die Genugtuung, daß die Frage der sofortigen Revision des Washingtoner Übereinkommens lediglich „vertagt“ wurde. Dies muß für die Arbeiter bedeuten, daß die am 1. Mai in so bewundernswürdiger Weise eingeleitete Agitation mit aller Kraft fortgesetzt und vom Plage der öffentlichen Demonstration in die tatsächliche Wirksamkeit, in jede Ortsgruppe und jeden Betrieb getragen werden muß. Der Stein ist im Rollen, und bereits ist man sich auch in breiten Kreisen des Unternehmertums darüber klar, daß die Arbeiter nicht nachgeben werden und die Forderung des Achtstundentages mehr ist als eine Klassenangelegenheit, nämlich ein kulturelles Ziel, für das der größte Teil der öffentlichen Meinung mobil gemacht wer-

Ein fauler Kopf, ein faules Ei . . .

Eine Spruchsammlung rund um die Faulheit.
Von Fr. K. A. Rose, Mülheim (Ruhr).

Keiner fährt bei den Arbeitskameraden, im Volksmunde und in der Dichtung so böse ab, wie der Faule und Träge. Der Kumpel auf der Arbeitsstätte sieht ihn mit Recht als den wahren „Schinder“ an, für den er sich mit „abwatschen“ muß, und der menschlichen Gesellschaft gilt er als Faulholz, als öffentlicher Schädling. Aber häufiger als sie ihm ins Gewissen redet, übergeht sie ihn mit beißender Ironie. Wohl weil, wie es Joh. Gottfried Seumes Spruch (Apokryphen): „Faulheit ist Dummheit des Körpers und Dummheit — Faulheit des Geistes“ kennzeichnet, gegen Dummheit selbst Götter vergebens ankämpfen, und Denkfaulen und -armen im Geiste mit Logik doch nicht beizukommen ist.

Ein fauler Kopf, ein faules Ei,
zwei Dinge, doch ganz einerlei,

sagt ein altes Sprichwort; am Faulen ist, wie am faulen Ei, alle Kunst vergebens, beide sind zu nichts nütze. Ein biblischer Spruch (1. Petr. 2, 1) drückt das noch dramatischer aus: Ein fauler Mensch ist gleich wie ein Stein, der im Rot liegt.

„Der Faulheit Acker steht voll Diebstahl“, warnt der Volksmund, und in den Sprüchen Salomons (K. 15, V. 19) heißt es, daß „der Weg des Faulen dornig ist“, und daß „der Faule in der Ernte betteln muß“ (K. 20, V. 4), oder wie es der Volksmund überträgt: Fleiß bringt Brot, Faulheit Rot. Han Late-Hans goeng fre, han Smale-Hans kien effer, kankei diese Weisheit im Norwegischen: Faulheit geht voran, Schmalhans folgt nach. Ein Wort, das im Deutschen diese Wendung hat: Trägheit geht so langsam voran, daß Armut sie einholen kann. Und „der Faule muß seine Hand im Topfe verbergen“ (Sprüche Salomons, K. 19, V. 24), daß seine Armut nicht sichtbar werde. Schamper noch als Hunger und Bettel: Der Faulheit

folgt Krankheit, belehrt der deutsche Volksmund, und der Orientale weiß es, daß „Trägheit eine Rabennatter ist, die ihre liebsten Kinder sterben läßt“. Die deutsche Volksweisheit trifft auch hier den Nagel auf den Kopf: Man kann sich eher zu Tode faulenz, als zu Tode arbeiten! So faul der Träge zu allem Tun und Wirken ist, so kühn sind seine Wünsche: Die Hölle des Lebens ist das Wünschen des Faulen, er kann nichts als wünschen (Berthold Auerbach), und so verkennt er über Wünschen ohne Tat das Beste seines Lebens, denn „Alfermava la pigritia a k tardita effere nemica delle occasioni“, wie Jacobo Nardi in seinem Leben des Antonio Giacomini schrieb: Trägheit und Lässigkeit sind die geschworenen Feinde der guten Gelegenheiten. Der Faule stirbt eben über seinen Wünschen (Sprüche Salomons, K. 20, V. 25).

Faulheit erzeugt Faulnis, legte Ernst Julius Hähnel in seinen literarischen Reliquien nieder, und so „finden die Trägen nicht nur Not allerwegen“ (Sprichwort), sie verfallen nicht nur mit sich, sondern auch mit der Umwelt:

Der Faulenz und das Lüderli,
Das sind zwo Zwillingbrüderli.

Denn: Trägheit und Langeweile sind die langsam tödenden Giftmischerinnen des Lebens, schrieb Ernst Freiherr von Feuchtersleben in seiner Dimetik der Seele: Der Grundfehler des Menschen, die Trägheit, untergräbt in tausend Formen unser Wohlsein. Im Deutschen wie im Holländischen begegnen wir dem Sinnpruch: Een lajard is des dwavels coraussen, ein Faulpelz (Trägheit) ist des Teufels Kopfschiff. Aelter noch als der Spruch:

Wenn du nur Faulheit von dir treibst,
Von vielen Sünden da sicher bleibst,

ist Seb. Brants Anprangerung im Narrenschiff:

Die schimlig faulheit und wollüst
Ligen vergraben inn dem mist.

Dieser „Mist“ ist das Keimbeet der Faulnis, der Irrungen und Wirtungen in vielerlei Gestalt. In den Leiden des jungen Werthers legte Goethe die Erkenntnis nieder:

„Ich habe gefunden, daß Mißverständnisse und Trägheit vielleicht mehr Irrungen in der Welt machen, als Eist und Bosheit“, und auch Henry Thomas Buchle vertritt in seiner Geschichte der Zivilisation die Ansicht, daß „der größte Feind des Wissens nicht der Irrtum, sondern die Trägheit ist“.

Wie die Welt zu allen Zeiten und in tausend Tungen den Segen aller Arbeit auf dem Wege zu Wohlstand und Zufriedenheit und Glück gesungen hat, so weiß sie auch zu künden, daß der Faule keines Dauer Glücks, sondern höchstens eines Gelegenheitsglücks teilhaftig werden kann. Im entscheidenden Augenblick wird ihm aber auch da noch wie seinem Bruder Töffel, der Töffel fehlen, den Hirtel breit zu schöpfen. „Was hilfst dem Michel? Steht er im Weizenfeld, fehlt ihm die Sichel!“ So fährt der Faule und Träge immer wieder einen Kampf gegen die verflüchtigen Gelegenheiten. „Das Glück ist keinem fern, als dem Trägen“, lautet ein Bekenntnis in Julius Hammers „Schau um dich und Schau in dich“. Die Faulen sind die Enterbten des Glückes, nicht nur, daß sie in der Küche der Not beköstigt werden, sie kommen nicht einmal zum Genießen dessen, das die Natur in gütigster Gerechtigkeit allen bereitet hat:

Die Trägen, die zu Hause liegen,
Erquicket nicht das Morgenrot,
Sie wissen nur vom Kinderwiegen,
Von Sorgen, Last und Not und Brot,

singt der wanderfelige Joseph Freiherr von Eichendorff. Der Träge verschläft das Gold der Morgenstunde, die Freude am Geschenk eines neuen Tages und die Lust an der Arbeit. Wie er den Morgen verschläft, wird er der Tag und seine Gelegenheiten verpassen. Im Schloß Bodwoon in Malans mahnt daher ein Wandspruch:

Wer Lob und Ehr erlangen will,
Muß nicht am Ofen liegen still,
Denn aus der Faulen Rott und Art,
Nie keiner zum Ritter ward!

Der Verband bietet Hilfe in allen Lebenslagen!

den kann und soll. Wie wahr dies ist, zeigt ein Kommentar eines bürgerlichen Blattes über die diesjährigen Malfestern, demzufolge es „nicht bestritten werden kann, daß im allgemeinen die Zahl der Teilnehmer an den Malfestern gegenüber den letzten Jahren sich wieder gesteigert hat“ und man „bürgerlicherseits gut daran tut, nicht zu übersehen, daß das früher konstatierte allmähliche Abflauen der Malfestern zum mindesten zum Stillstand gekommen ist und eher wieder einer stärkeren Anziehungskraft Platz zu machen beginnt“. Ueber die Gründe sagt das Blatt:

„Ein Grund dieser Erscheinung dürfte darin zu suchen sein, daß das Ziel, für das einst am 1. Mai in der Hauptsache demonstriert worden war, der Achtstundentag, seine gesellschaftliche Festlegung fand und daher nicht als Gegenstand von öffentlichen Kundgebungen sich eignete. Da aber infolge wirtschaftlicher Notwendigkeiten gewisse Abweichungen von diesem Prinzip sich als unvermeidlich erwiesen, wird die Errungenschaft des Achtstundentages heute wieder als gefährdet betrachtet, und daraus erklärt es sich wohl zum guten Teile, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei die Malfestern wieder größeres Aufsehen zuwenden.“

Was die große Hingabe der Arbeiterklasse an das Prinzip des Achtstundentages betrifft, so hat das Blatt scherzhaft recht, hingegen möge es uns im Hinblick auf das amerikanische Beispiel gestatten, an die Stelle der „gewöhnlichen“ Abweichungen wegen „wirtschaftlicher Notwendigkeiten“ die „wirtschaftliche Unfähigkeit“ des europäischen Unternehmertums zu setzen.

Beruf und Charakter.

Daß der Beruf, der den Menschen einen großen Teil des Tages Jahr für Jahr in Anspruch nimmt, auf das Wesen des Menschen einwirkt, ist nicht zu verwundern. Wie sehr dann aber in den Jahren, die von besonderer Bedeutung für die Menschenwerdung sind, in den Entwicklungsjahren, in denen der junge Mensch innerlich geradezu das Gegenteil möchte von dem, was der harte Zwang des heutigen Arbeitslebens verlangt!

Es ist überaus wichtig, diese Zusammenhänge zu erkennen. Die Zukunft der proletarischen Bewegung hängt zum Teil von der richtigen Erkenntnis dieser Beziehungen zwischen Beruf und Charakter ab.

Am besten führt uns der bekannte Jugendforscher W. Hoffmann in seinem neu aufgelegten Werke über die Reifezeit in diese Materie ein. Besonders wertvoll sind diese seine Ausführungen für uns, weil er im besonderen die Arbeiterjugend behandelt und weil er seiner Aufgabe mit einer wahren Liebe zur Jugend dient. „Die Eintönigkeit der Berufstätigkeit“, so sagt er, „erscheint unerträglich, der Bursche will heraus um jeden Preis, er wünscht Abenteuer zu erleben, sich intensiv zu betätigen.“ Und „derartige Erscheinungen sind“, so heißt es weiter, „so typisch, daß in einer Dresdener Lehrlingsgruppe dafür sogar ein besonderer Fachausdruck von den Jugendlichen geprägt worden ist. Man sagt dort: Er macht seine Himmelfahrt.“

Und die Beziehungen dieses jugendlichen Wesens zur Arbeiterbewegung? „Wiederholt hatte ich Gelegenheit“, so schreibt Hoffmann über dieses Problem, „die Entwicklung junger Leute zu beobachten, die sich zunächst als Vorkämpfer jugendlicher Ideale fühlten und am Ende der Pubertät dieselbe flache Auffassung annahmen, die sie zuvor leidenschaftlich bekämpft hatten. Sie selbst empfanden diese Wandlung stets als Fortschritt; der „moralische Selbsterhaltungstrieb“ führt auch in diesem Falle zu einer eigentümlichen Selbsttäuschung.“

Wir können diese Entwicklung leider oft beobachten, und sie erzwingt, wenn wir diese bedauernswerte Ursache kennen, unser unbedingtes Verständnis. Aber gerade aus dieser Ursache heraus erkennen wir auch ein Mittel zur Bannung dieser innerlichen Not. Das ist das organisierte Verbinden der Jugendlichen. Sie müssen in Jugendgruppen zusammengefaßt sein, wo sie sich in jugendlicher Weise ausleben können. Die

gewerkschaftliche Jugendbewegung ist darum ein wichtiges Glied der Gewerkschaftsbewegung, und so manche Aelteren, die vielleicht treue Gewerkschaftskollegen sind, schädigen dennoch unbewußt die eigene Bewegung, wenn sie ihre Söhne und Töchter nicht den gewerkschaftlichen Jugendgruppen zuleiten, in die sie im Interesse ihrer selbst und der gewerkschaftlichen Gesamtbewegung gehören.

Organisierte Auertreiberei.

Wir mühten schon mehrfach die Dreistigkeit festzunageln, mit der die kommunistische Partei sich in unsere Organisationsangelegenheiten mischte. So sucht man vor unseren Generalversammlungen gewöhnlich die Wahlen zu beeinflussen, damit nur parteiamtlich abgestempelte Delegierte gewählt und diese auf die bekannten gewerkschaftsfeindlichen kommunistischen Parolen festgelegt werden. Trotz des kläglichen Erfolges dieses anmaßenden Vorgehens bemühte man auch unsere letzte Tarifbewegung zu ähnlichen Machinationen. Nachdem nun die Bewegung abgeschlossen ist und der klägliche Abfall der kommunistischen Marodeure auch diesmal endgültig feststeht, kommen wir auf den Vorstoß zurück, auf den wir schon im Februar von mehreren kommunistischen Kollegen durch Zusendung der Unterlagen aufmerksam gemacht wurden, und aus denen hervorgeht, daß das famose Zentralkomitee der KPD, wohl wunderbare Parolen drehen und geniale Schlachtpläne gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie entwerfen kann, von den Einrichtungen und dem Tarifwesen unserer Organisation aber keine Ahnung hat.

Die sogenannte Gewerkschaftsabteilung des erwähnten Zentralkomitees sandte am 25. Januar ein „Rundschreiben an die Fraktionen im Verband der Maler und Anstreicher“, in dem kundgetan wird, daß die Parteien unseres Reichsartifvertrages, wenn es über die Regelung der Löhne im Verhandlungswege zu keiner Einigung komme, die Tarifarbeiter entscheiden ließen. Dadurch würden Kämpfe unmöglich gemacht. Hiergegen mühten die kommunistischen Fraktionen den Kampf aufzunehmen, damit sie ihre Forderungen unter Anwendung von Kampfmitteln durchsetzen könnten. Der Ablauf des Tarifes müsse von den Fraktionen „zu einer aktiven Arbeit in allen Filialen benutzt und zu diesem Zwecke Mitgliederversammlungen gefordert werden“. Nach dieser Aufforderung zum „Klassenkampf“ werden eine Reihe Anträge diktiert, von denen es heißt, daß sie von den kommunistischen Fraktionen gestellt werden müssen. Diese Anträge waren nun entweder so laienhaft oder widersinnig, daß sie nur von zwei Filialen wörtlich abgeschrieben und uns zugesandt wurden, zwei andere veränderten den Wortlaut etwas und fügten einiges hinzu, damit wir den Braten nicht riechen sollten. Sonst aber hat man diese bestellte Arbeit abgelehnt und die damit verschämt herausrückenden moskautreuen Kollegen abfahren lassen. Unsere Verbandsleitung aber hat die Anträge zu den — Aktien gelegt und Anträge formuliert, mit denen mehr erreicht wurde, als mit dem Verlegenheitsgeschreibsel des kommunistischen Zirkulars, mit dem nicht etwa Arbeiterinteressen, sondern nackte Parteilinteressen vertreten und unserer Organisation bei ihrer Lohn- und Tarifpolitik Knüttel zwischen die Beine gemorft werden sollten. Alles zum Nutzen der kommunistischen Gegenfühler und Bundesgenossen von der rechten Seite des Bürgerblocks, über den die Arbeiter-schaft am 20. Mai zu Gericht sitzen wird.

Zum Schluß des Rundschreibens heißt es dann noch: „Die Fraktionen müssen umgehend in einer Sitzung zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen Stellung nehmen, die Einberufung von Neben- und allgemeinen Mitglieder-versammlungen beantragen und in diesen Anträge im Sinne dieser Anweisung stellen. Wir fordern die Fraktionen auf, uns die Adresse des Fraktionsleiters, sowie die Stärke jeder Fraktion bis Mitte Februar einzuschicken.“

Wir vermuten, daß man im Generallstab der KPD, von dem Ergebnis dieser „Aufforderung“ nicht allzu erbaud gewesen ist und inzwischen vielleicht auch erfahren hat, daß sich unsere Filialen mit nur ganz vereinzelten Ausnahmen, trotzdem ganz selbstverständlich nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten, mit dem Abschluß des neuen Reichsartif-vertrages und des neuen Lohnabkommens einverstanden erklärt haben. Jedenfalls ist unsere Kollegenschaft nicht mit Blindheit geschlagen, um etwa trotz eines annehmbaren Verhandlungsergebnisses unbedingt einen Kampf zu provozieren, weil dies die kommunistische Partei zur Auffrischung ihrer immer langweiliger wirkenden Agitationsstratzen dringend braucht.

Das hier gekennzeichnete Vorgehen zeigt wieder einmal, wie diese Partei glaubt, unsere Gewerkschaften für ihre Organisationszwecke mißbrauchen zu können, unbekümmert darum, ob die beteiligten Arbeiter dadurch größten Schaden leiden, während die Partei, die schon seit vielen Jahrzehnten die Interessen der Arbeiter und unserer Organisationskollegen in der Öffentlichkeit und in den gesetzgebenden Körperschaften vertritt — die Sozialdemokratie — sich in keiner Weise in unsere Angelegenheiten einmischt. Die kommunistische Partei versucht demgegenüber, die Gewerkschaften parteipolitisch zu zerlegen und zu leihammen. Dagegen wehren wir uns entschieden und werden, sobald unserer Organisation Schaden drohen würde, dagegen vorgehen.

Um zu dokumentieren, daß sie auch in dieser Hinsicht treu zu unserer Organisation stehen, die ständig vorwärts-schreitet, werden unsere Kollegen am 20. Mai die richtigen Konsequenzen ziehen und auf die Liebeswerbungen der kommunistischen Partei nicht hereinfallen.

Die erste Bundeschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beginnt demnächst in Bernau bei Berlin mit dem Bau seiner ersten Bundeschule. Diese Schule gibt den Kursen der dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften eine Heimstätte. Es handelt sich vornehmlich um Einführungskurse von vierwöchiger Dauer für die ehrenamtlichen Helfer und Mitarbeiter sowie für Betriebsräte. In einigen Hauptdisziplinen (Volkswirtschaft, Arbeitsrecht, Sozialpolitik, Gewerkschaftswesen) wird von haupfamillichen, in der Schule wohnenden Lehrern unterrichtet. Die aus den Besonderheiten der Berufe, der Betriebe, erwachsenen Materialien behandeln als Gastlehrer hauptsächlich Mitglieder der Vorstände der einzelnen Gewerkschaften. Weiter ist an die Belehrung über Berufsführungen, Berufskrankheiten und Unfallschutz gedacht. Der Betriebswirtschaftslehre, wie überhaupt den technischen und sozialen Lebensfragen des Betriebes wird besonderer Wert zugemessen werden. Fortgeschrittenenkurse von längerer Dauer in Form von Speziallehrgängen, in denen die Schüler sich für bestimmte Aufgabengebiete gründlicher vorbereiten können, sind gleichfalls in Aussicht genommen.

Die Schule ist ein Internat und kann 120 Personen aufnehmen. Die Besucher der Schule wohnen und arbeiten in einfachen, aber wohnlich und harmonisch eingerichteten Einzelzimmern für je zwei Personen. Die Kosten für den Aufenthalt tragen die entsendenden Verbände, die außerdem noch erhebliche Mittel für Reisekosten, Büchergeld und Abgeltung für den Arbeitsausfall aufbringen. Die Schule hat das Ziel, die Funktionäre für die Tätigkeit in der gewerkschaftlichen Organisation und für die Mitarbeit in den Körperschaften der staatlichen und kommunalen sowie den Institutionen der sozialen und wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu schulen. Frei von der täglichen Arbeit, fern ihrer engen, licht- und luftlosen Behausungen in den Arbeiterquartieren der Großstädte, sollen die Besucher die Schulwochen zugleich als Erholung empfinden. Die Schule will in ihrer Raumbestaltung den Schülern einen Eindruck erstrebenswerter Wohnkultur vermitteln. Es sind darum

Ein „fauler Kopf“ ist natürlich ansonsten mit allerhand zweifelhaften Fähigkeiten begabt und an Untugenden reich. Der Volksmund charakterisiert: Er ist faul und genächtig wie ein Lakai. Und mit sichtlichem Behagen singen es muntere Gesellen dem Faulen von der Fumt zum Hohn:
An Schlosser hat'n Stellen gehoot,
Der hoot gar langsam g'fellt,
Doch wann's zum Fresche gange isch,
Do hoot er graumam geillt.
So porträtiert den Faulen in seiner „Faulheit“ auch Johann Orob:

Ein fauler schafft nichts und frißt doch in die Wette;
deswegen schadet er mehr, als lag er krank zu Bette.
Auch in anderer Richtung ist dem Faulen manches zu eigen, was ihm an Arbeitslust abgeht. So müde er in der Arbeit ist, so stark ist er im Wünschen, Verlangen und Hoffen. Aber die Arbeitsweishheit: Hoffen und Harren macht manchen zum Narren gilt auch ihm. Sinnloses und maßloses Verlangen machen den Faulen zum größten Schreier:

Die Faulen und die Dreisten
Schrei'n am meisten.
So ist diese edle Kumpanei in einem der vielen Sinn-sprüche im Berliner Rathaus öffentlich angenagelt. Wilhelm Müllers epigrammatische „Arbeitsregel“ ironisiert nur den Erfolg der faulenzenden Maulhelden:
Arbeit und schrei,
Du bekommst für zwei,
Arbeit und schweige,
Dir bleibt die Reige.

Seitlich mag sich Schreier allenfalls sich durchsehen, aber es wird doch ruckbar, wie hoch und windig seine Phrasen sind, und wie wenig seine Arbeit zu seinem Gesue im Ver-hältnis zu setzen ist. Meist „begehrt der Faule und kriegt es doch nicht“ (Sprüche Salomons, K. 13, V. 4). In typischer Selbstüberhebung macht man sich der Faule auch das Sprüchlein an: Arbeit und bete. Aber ein alter Spruch weiß es:

Faul in der Arbeit, fleißig im Beten, —
Orgel spiel ohne Balgetreten!

Wie Salomon versichert: Er kriegt es doch nicht, der Faule, sein Beklingel bleibt unerhört.

„Den Faulen wird man nicht zur Arbeit zwingen, er fürchtet jede Schwierigkeit“, diese Weisheit aus Bhakti-harris Sprüchen von Peter von Böhlen ist auch Volksgut. „Vorwärts! Arbeit!“ glossiert der Mann in der Werkstatt den Kumpel, der sich erst mal „die Arbeit von allen Seiten beguckt“, ehe er zulangt: „Mensch, du könntest dir ja auch die Hände dreckig machen!“ Der Arbeitsmann weiß es:

Dem Faulpelz geht die Arbeit von der Hand,
Wie das Pech von der Wand.

So ist son'n Bursche an der Arbeitsstelle mehr hinderlich, als förderlich. Aber so faul er ist, so wenig mundfaul ist er. „Fulheit erdenkt ein Antwort bald“ (Seb. Brant, Narrenschiff), um Ausreden ist der Faule nie verlegen, und an anderer Stelle seines Kapitels über „Arbeits- und Fulheit“ höhnt dieser Straßburger Geißler, der ob allem Laster seine Rute schwingt:

Der trägt, der nit gern gahnt herfür,
Der spricht: „der löw stahbt vor der Tür.“

Im Dänischen nimmt man kein Blatt vor den Mund:
Jordan er altid frossen for trene Svin.
Gefroren ist die Erde stets für faule Schweine.

Wenn die deutsche Mutter dem Kind den Segen der Arbeit und die Lust am Zulangen malt, dann sagt sie ihm: Verschiebe nichts auf morgen, was du heute kannst besorgen. Morgen, morgen, nur nicht heute, sagen alle faulen Leute. Der Volksmund erfährt die Unlust des Faulen zur frohen Tat so: Des Faulen Werktag ist immer morgen, sein Ruh-tag heute.

Jede Stadt hat ihren eigenen Typ von Nichtstuern, wie ihn Christoph Lehmann in seinem politischen Blumen-garten kennzeichnet: Der Faul sucht ein Herrn, der ihme in der Woch noch sieben Feiertag gibt. Berlin hat seinen „Rante“, Hamburg seinen „Hoppenmarktslauf“ und Köln

seine „Rheinkadetten“. Es sind Figuren, um deren Laten-losigkeit sich viel Lustiges spinnt. „Müdmänner“ nennt sie der Volksmund. Von den vielen Wägen um sie seien zwei Kölnner Einfälle angeführt:

Auf der Straße ist dem Köbes vor seinem Wagen das Pferd zusammengebrochen, und der Köbes fordert den des Weges daher schlendernden Schäl auf, mit anzufassen, das Tier wieder auf die Beine zu bringen. „Ich kann niet“, entgegnet der Schäl, und erklärt auf die erstannte Frage nach dem Warum nicht: „Ich han grad de Häng in'er Täfch' (ich habe gerade die Hände in der Tasche).“

Lünnes und Schäl angeln. Da sagt der Schäl: „Lünnes, donn mich ens ner Orm (gib mir mal nen Orm).“ Darauf der Lünnes: „Wat ist dat denn?“ Sagt der Schäl: „Frog niet lang, donn mich ens ner Orm.“ Der Lünnes: „Frog Orm? Wat is dat, ner Orm? Ah,“ geht ihm ein Licht auf, „du meins wil ner Worm, wat?“ „Ejo,“ macht der Schäl gedehnt, „nu donn er mich als hier (gib ihn mir nur schon her).“ Da wundert sich der Lünnes: „Ja, Mensch, warum sags de dat denn nich gleich?“ Da beendet der Müdmann von Schäl die lange Konversation um den Buch-staben W mit der Erklärung: „Oh, do bin ich ze möd för...“

Lessing sang das „Loblied der Faulheit“, auf die der Bürgermann stichelte:

Faulheit, jeho will ich dir
Auch ein kleines Loblied bringen, —
O... wie... faul... er wird es mir,
Dich... nach Würden... zu besingen!
Doch ich will mein Bestes tun:
Nach der Arbeit ist gut ruh'n.
Höchstes Gut! Wer dich nur hat,
Dessen ungestörtes Leben —
Ach!... ich... gäh... ich... werde matt...
Nun... so... magst... du... mir's vergeben.
Daß ich dich nicht singen kann —
Du verbindest mich ja dran!

Kein Berufstätiger darf dem Verbands fernbleiben!

auf den Räumen für den Lehrbetrieb, die den modernsten Erfordernissen einer Erwachsenenbildung gerecht werden, weitere Räumlichkeiten für die Geselligkeit und für das Gemeinschaftsleben vorgesehen, um der Pflege der menschlichen Beziehungen zu dienen. Eine Aula für Festlichkeiten und Feiern, reichhaltige Sportanlagen, Einrichtungen für Körperpflege und Körperhygiene sowie die erforderlichen Nebenräume für Wirtschaft, Verwaltung u. a. ergänzen die Schulanlage.

Die Schule ist landschaftlich reizvoll inmitten einer Wäldchen am Waldweg Schönw-Lanke (nahe der Chaussee Vernau-Wandlitz), etwa 4 Kilometer vom Bahnhof Vernau entfernt gelegen. Die Stadt hat in großzügiger Weise das Gelände zur Verfügung gestellt und sich bereit erklärt, das sogenannte Versorgungsnetz (Gas, Wasser, Strom, Kanalisation) bis zum Standort der Schule auszubauen.

Für die künstlerische Lösung des Bauvorhabens hat der Bundesvorstand einen engeren Wettbewerb veranstaltet, zu dem die Architekten Max Berg, Berlin, Ludewig, Berlin, Erich Mendelsohn, Berlin, Max Laut, Berlin, Hannes Meyer, Dessau, Klement, Hamburg, aufgefördert waren. Das Preisgericht, dem aus Fachkreisen die Herren Professor Tesseow, Stadtbauplatz Dr. Martin Wagner und Dr. Adolf Behne angehörten, bewertete den Entwurf des Architekten Hannes Meyer, dem Leiter des Bauhauses Dessau, als beste künstlerische und technische Lösung. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat nunmehr Herrn Meyer, Dessau, mit der endgültigen Bearbeitung und Bauleitung beauftragt.

Der Entwurf erfährt in Fachkreisen eine glänzende Beurteilung. Der Plan geht, dem Sinn dieser Heimatschule entsprechend, auf eigenartige Lockerung der Bauteile und nicht auf konzentrische Häufung von Baumassen. Grundgedanke des Entwurfs ist infolgedessen die Auflösung der großen Gemeinschaft in kleinere, unter sich verbundene Gemeinschaftsgruppen; der Kreis von je 10 Menschen wird zum Träger des schulischen Lebens wie der baulichen Gliederung. Die Gebäudeanlage fügt sich der Landschaft ein, die Anordnung der einzelnen Elemente (Schul-, Wohnheim usw.) auf dem Baugelände und deren Beziehungen untereinander wird bedingt durch die Organisation des Schul- und Gemeinschaftslebens.

Die Bundesschule in Bernau ist nicht nur eine innergewerkschaftliche Angelegenheit. Die Wochen, die die aus den Betrieben kommenden Arbeiter, in dieser modernen Heimatschule verbringen, sind gedacht als ein unter großen Gesichtspunkten unternommener Versuch zu praktischer Gestaltung von Freizeiten inmitten des beruflichen Lebens für eine Schicht der Bevölkerung, denen solche Möglichkeiten der Sammlung, der Schulung, der körperlichen und geistigen Erfrischung fehlen. Sie wird zusammen mit der zweiten Bundesschule, die im nächsten Jahre errichtet werden soll, eine der wichtigsten Stätten der Arbeiterbildung und schon dadurch in dem gesamten System unseres öffentlichen und freien Bildungswesens mit der Zeit ein bedeutsamer Faktor werden. Denn das Problem der Arbeiterbildung ist der Sache nach das Kernproblem der Volkshildung; seine Lösung ist eine nationale Aufgabe, die der heutigen Generation gestellt ist.

Zur Zeit sind die Beratungen über die endgültige Ausführung im Gange, mit dem Bau wird in wenigen Wochen begonnen werden.

25 Jahre Arbeiter-Abstinenzbund.

Der Deutsche Arbeiter-Abstinenzbund hat aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens eine Festschrift herausgegeben, die in fesselnder Weise die Geschichte der proletarischen Enthaltensbewegung schildert. Die Gründer des Bundes waren ein winziges Häuflein meist jüngerer Arbeiter ohne Rang und Einfluß. Die Bekämpfung des Alkoholismus galt als Fachangelegenheit der Wohlfahrtspraktiker,

Lange hat es gedauert, bis unser Ziel in der Wahlrechtsfrage erreicht worden ist: die Abschaffung des Klassenwahlrechts in Preußen und die Einführung des im Reiche geltenden Wahlrechtes auch in Preußen. Weil wir nun das allgemeine, gleiche, geheime und direkte

Wahlrecht

in Preußen haben wie im Reich, müssen wir es auch ausüben. Denn ein Recht, das man nicht ausübt, ist kein Recht, sondern man gibt dann dem Gegner ein Recht über sie. Ein Recht, für das unsere alten Genossen jahrzehntelang gekämpft und gelitten haben, ist kein Recht im gewöhnlichen Sinne. Vielmehr

ist

es eine Aufgabe, die zu erfüllen wir den allen Vorkämpfern schuldig sind. Darum ist es nicht richtig, wenn Wähler oder Wählerinnen am Wahltag zu Hause bleiben. Ein vernünftiger Mensch weiß, was er will, und ein ehrlicher Erbe verwaltet sein Erbtum recht im Sinne derer, die es ihm hinterließen. Also soll auch jeder seine

Wahlpflicht

erfüllen, und zwar so erfüllen, wie es die Veteranen des Kampfes um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erstrebt haben. In der Reichstags- wie in der Landtagswahl

wähle sozialdemokratisch!

die weitere Kreise nicht berührte. Vielfach sah man darin ein Stück Nartheit leerer Weltverbesserer oder auch ein Stöckchen lebensfeindlicher Finstertulle, das bei der Lebensbejahenden, frei gesinnten Arbeiterklasse Widerwillen erwecken mußte. Simon Kayenstein gibt in der Schrift einen kurzen Überblick über die Aufnahme, die die Bestrebungen des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes bei der Sozialdemokratischen Partei gefunden haben. Mehrere Parteitage besaßen sich auf Veranlassung der Arbeiterabstinenten mit der Alkoholfrage, aber es ist für uns besonders bemerkenswert, daß Otto Braun, der heutige preußische Ministerpräsident, schon 1900 in ersten und eindringlichen Worten die Alkoholfähigkeit darlegte und die Notwendigkeit des Eingreifens betonte. Eine sehr eingehende Behandlung der Alkoholfrage brachte der Parteitag zu Essen im Jahre 1907 mit Emanuel Wurm als Berichterstatter. Der Leipziger Parteitag 1909 nahm einstimmig einen Antrag Löbe an, wonach als Antwort auf die den Branntweinbrennereien gewährten Liebesgaben die Arbeiterchaft zum Schnapsboykott aufgefordert werden sollte. Solmann gibt auch in der Schrift einige persönliche Erlebnisse zum besten. Professor Grotzahn kann über ähnliche Erfahrungen berichten. Otto Jensen nennt den Alkoholismus eine schwere Hemmung des Klassenkampfes der Arbeiterchaft. Nur ein nüchternes, aber von Kulturalismus und Wissen erfülltes, kameradschaftlich fühlendes Proletariat wird den Sieg erkämpfen. Wir möchten wünschen, daß die anregende Festschrift des Arbeiter-Abstinenzbundes recht viele Leser in der Arbeiterchaft findet.

15 Jahre Volksfürsorge.

Auf dem 31. n. Gewerkschaftskongress 1905 beantragten die Erfurter Tabakarbeiter und die Dresdner Bureauangestellten, der nächste Gewerkschaftskongress solle sich eventuell unter Bestellung eines sachverständigen Referenten, näher mit der privaten Volksversicherung befassen. Wurde dieser Antrag auch abgelehnt, so ist er doch ein Beweis dafür, daß in der Arbeiterchaft frühzeitig Stimmen laut wurden, die die gesamte Öffentlichkeit auf die Art und Weise aufmerksam machten, wie die Volksversicherung von vielen kapitalistischen Versicherungsgesellschaften und deren Agenten betrieben wurde. Die Versicherungswilligen wurden in unzähligen Fällen mit den unlautersten Mitteln und den unhaltbarsten Versprechungen zu Abschlüssen beschwaht, ohne daß Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse genommen wurde. So konnte es nicht ausbleiben, daß ein großer Teil dieser durch Gewaltwegung abgeschlossenen Versicherungen infolge Zahlungsunfähigkeit verfiel.

Der 8. ordentliche Genossenschaftstag in Leipzig und der 8. Gewerkschaftskongress in Dresden, beide im Juni 1911, erklärten sich im Prinzip mit der Gründung einer auf partikularer Grundlage beruhenden Versicherungseinrichtung einverstanden und nahmen einstimmig entsprechende Resolutionen an. Der erste Schritt war getan.

Im Juni 1912 tagte in Berlin der 9. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Adolf von Elm behandelte in einem ausführlichen Referat die Vorarbeiten zur Gründung der neuen Versicherungsgesellschaft. Der anwesende Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sagte solidarischen Zusammenarbeiten am gemeinsamen Werke zu. Zum selben Zeitpunkt sprach der ehemalige Generaldirektor und spätere Volksfürsorger Rapp in einer großen Versammlung in Dresden und leitete damit die Heil- und Verteilungskampagne gegen das im Entstehen begriffene Unternehmen ein. Nach verschiedenen Verhandlungen mit dem Aufsichtsamt für Privatversicherung konnte endlich am 16. Dezember 1912 die Gründungsversammlung der

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft stattfinden. Sie des neuen Unternehmens wurde Hamburg. Nachdem am 6. Mai 1913 durch Senatentscheidung des Aufsichtsamts die Volksfürsorge zum Betriebe der Lebensversicherung im Deutschen Reich zugelassen wurde und im selben Monat die Eintragung der Firma in das Handelsregister des zuständigen Amtsgerichts erfolgte, beschloss Vorstand und Aufsichtsrat, den Geschäftsbetrieb am 1. Juli 1913 zu eröffnen. Am 7. Juli ging der erste Versicherungsantrag im Hauptbureau ein.

Wie alle Zweige der modernen Arbeiterbewegung in den Anfangsjahren ihres Bestehens hart zu ringen hatten, so blieben auch der Volksfürsorge solche Kämpfe gegen ihre Feinde und Gegner nicht erspart. Teile der Privatversicherung standen mit „nationalen“ und „christlichen“ Kreisen und nicht zuletzt auch mit „gelben“ Verdächtigen der Volksfürsorge in trauriger Harmonie zusammen, um dem jungen Unternehmen das Lebenslicht auszublasen. Die Volksfürsorge aber wehrte sich, und mit tätiger Anteilnahme standen ihr die organisierte Arbeiterchaft und vor allem die Arbeiterpresse zur Seite. 15 Jahre Volksfürsorge, das heißt 15 Jahre harten Ringens und Kämpfens, heißt Aufstieg eines Arbeiterunternehmens; 15 Jahre Volksfürsorge zeigen aber auch, daß Vertrauen zur eigenen Kraft stets den Erfolg verbürgt.

Die Kriegs- und Inflationszeit brachte der Volksfürsorge neue Hemmungen und ungeheure, kaum zu bewältigende Schwierigkeiten; aber zäher Arbeit und schneller Anpassung an die sich fortwährend verändernden Verhältnisse gelang es, auch diese zu überwinden. Die Volksfürsorge war die einzige Versicherungsgesellschaft, die nach Beendigung der Inflation (November 1923) ihren Versicherungsbestand auf die neue Währung umstellen konnte. Seitdem hat die Volksfürsorge große erfreuliche Fortschritte gemacht; mit rund 1 Million Versicherten konnte sie ins Jahr 1928, in dem sie auf ihr 15jähriges Bestehen zurückblicken kann, eintreten. Gegenwärtig werden monatlich etwa 50 000 Versicherungsanträge beim Hauptbureau in Hamburg eingereicht. Arbeiten wir weiter daran, damit die Volksfürsorge die alleinige Versicherungsgesellschaft der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft wird!

Lohnverhandlungen in Schlesien.

Unterm 2. Mai vorigen Jahres wurde vor dem Breslauer Schlichtungsausschuß ein Echiedspruch gefällt, der unsern schlesischen Kollegen vom 2. Mai an 4 % und vom 1. Oktober an weitere 3 1/2 % Lohnerhöhung brachte. Diese Lohnerhöhung galt bis 30. April dieses Jahres. Da der Einfluß des ober-schlesischen Malerbundes sich auf Oberschlesien nicht erstreckte, mußten für diese Orte besondere Lohnverhandlungen stattfinden, die uns dieselbe, teilweise höhere Zulagen brachten.

Um eine Einheitlichkeit in der Lohnbildung der schlesischen Kollegen herbeizuführen, beantragten wir in diesem Jahre die Einbeziehung aller noch anzustehenden Orte Schlesiens in die Sonderverhandlungen für Schlesiens. Das bestehende Lohnabkommen wurde bereits am 15. März gekündigt. Auf unsern Antrag auf freie Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien an die Leitung des schlesischen Malerbundes, bekamen wir, trotzdem wir unterm 2. April nochmals daran erinnerten, keine Mitteilung. Erst als wir die Inanspruchnahme der staatlichen Schlichtungsinstanzen in Aussicht stellten, hielten es die Herren für nötig, Verhandlungen für den 25. April anzusetzen.

Bei diesen Verhandlungen wurde von unserer Seite mit Rücksicht auf die in Schlesiens besonders zurückgebliebenen Löhne eine Forderung von 15 % vertreten. Von der Leitung des schlesischen Malerbundes wurde die Forderung

Die Arbeit ist heilig.
Aber selig, wer sich davor hütet.
So lang der Bauch noch in die Weste paßt,
Wird keine Arbeit angefaßt.
Hoch die Arbeit! —
— daß keiner dran kann!
Arbeit macht Spaß,
Und Spaß wird nicht gemacht!
Wenn arbeiten so leicht wär,
So tät's der Bürgermeister selber,

„belehren“ noch heute die Tappelbrüder und Wanderschnaken die „Grünen“ über dem zusammengeschnorrten Bechertrock.
Und das dichtende Volk gießt auch über die heutigen Verhältnisse, die über der langen Arbeitszeit und den „Stempelgeldern“ so manchen Arbeitsunlustigen großgefängt haben, der „Vater auf der Tasche liegt“, ein Kübel beißen der Lauge aus und parodiert:

Wenn du noch einen Vater hast,
So halt ihn hoch in Ehren:
Er hat dich in die Welt gesetzt —
Er muß dich auch ernähren!

Faulke weiß nie gutes bracht, schließt Hans Sachs sein Schlaraffenland, und Adalbert von Chamisso schlendert die Achtung der menschlichen Gesellschaft über den Faulen:
Flüchtig ist die Zeit und kurz das Leben.
Schmach treffe den, der Trägheit sich erkor.

Denn: Welches ist das höchste Laster? Und ist doch nicht Begierde, nicht Leidenschaft? fragt Berthold Auerbach, um zu antworten: Es ist die Trägheit. Müßiggang ist aller Laster Anfang, ist ein Hansdick, ist des Teufels Ruhebank, verzehrt den Leib wie Rost das Eisen, sagen einige Volksmorte.
Friedrich Halme aber läßt den Ingomar im „Sohn der Wildnis“ bekennen:

Zahme Trägheit ist lebend'ger Tod,
Und Leben atmet nur der Kampf
der Kräfte!

Hans Sachs malte die Wunder in „Schlaraffenland“ in diesen köstlichen Versen:

Auch fliegen omb (möget ihr glauben!)
Gebratene Hünner, Gänse und Tauben;
Wer sie nicht facht und ist so faul,
Dem fliegen sie selbst in das Maul.

Goethe aber erhob auch diese Wunderwelt noch in die Potenz:

Wer aber recht bequem ist und faul,
Flög dem eine gebratne Taube ins Maul.
Er würde höchlich sich verbissen,
Wär sie nicht auch geschickt zerchnitten!

Denn ein Fauler ist meist gar „oberfaul“ oder „überfaul“, wie ihm Joh. Christian Friedrich Haug in der Grabschrift Pigers, des Trägen, diesen Stoßfußzer ausgedichtet hat:

Ich bin, Gottlob, hier in der Erde Schoß
Des dummen Alchemolens los!

So endet Pigers, des Trägen, Lebenslauf, auch die letzte „Arbeit“, die ihm noch ans Leben fesselte, ist abgetan, und kein Verdacht kann ihn schmähen (Friedrich von Logau):

Arbeit ist der Sünde Fluch. Sollte Piger viel sich mühen,
Wäre er auf sich viel Verdacht eines großen Sünders ziehen.

Auch die Egenwart ist reich an Sprüchen um die Antipoden der Arbeitsfrohen, und aller Ecken und Enden hähet und ulkt es um die „Müßmänner“, die einen Bogen aus alle Arbeit machen und es mit dem Hamburger Spruch halten:

Arbeit is keen Haf, seggt de Tagelöhner, — löpt uns nich weg. Und die Stoffe:

Wer Arbeit kennt und sich nicht drückt,
Der ist verrückt.

■ Auch in vielen andern Wendungen lebendig:

Kollegen! Der Verband ist eure Macht und Stärke!

Die Forderung an die Mitglieder des Schlesischen Malerbundes diese abgelehnt haben, über eine Neuregelung der Löhne Abmachungen mit uns zu treffen. Unsererseits wurde demgegenüber betont, daß wir einen Ausgleich der in Schlesien bestehenden Löhne unseres Berufes mit den Löhnen des Malergewerbes im Reich für notwendig halten und außerdem auch unsere Löhne denen des Baugewerbes nähergebracht werden müssen. Da die Arbeitgeber kein genügendes Angebot machten, wurden die Verhandlungen nach mehreren Stunden abgebrochen und verhandelt, daß ein freiwilliges Schiedsgericht unter einem Unparteiischen versuchen sollte, eine Einigung herbeizuführen. Merkwürdigerweise lehnten sich einige der Herren auf Arbeitgeberseite für die Anrufung des Schlichtungsausschusses ein, trotzdem sie vorher im „Schlesischen Malerbund“ einen Artikel mit der Überschrift: „Doppelte Moral in der Lohnpolitik“ aus dem „Deutschenspiegel“ veröffentlicht hatten, in dem folgende Sätze zu lesen waren:

Für die mit der Schlichtung von Lohnstreitigkeiten beauftragten Beamten heißt unter diesen Umständen das Problem deshalb nicht mehr, nach bestem Können und Wissen den wirtschaftlich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer richtigen Lohn in der Entscheidung festzusetzen, sondern den Lohn zu finden, bei dem nach menschlicher Voraussicht die Gewerkschaften von der Waffe des Streikts keinen Gebrauch machen. Damit fällt aber der Sinn des staatlichen Schlichtungsverfahrens völlig in sich zusammen.

Unser Verhandlungsausschuß waren die Gründe der Arbeitgeber für die Anrufung des staatlichen Schlichtungsausschusses nicht unbekannt und deshalb traten wir für ein freiwilliges Schiedsgericht ein, durch das die Bewegung zweifellos eher zum Abschluß gebracht werden konnte.

Die Verhandlungskommission bemühte sich nun um einen Unparteiischen, und so fanden dann unter dem Vorsitz des Magistratsrat Kühn am 30. April die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht statt.

Hier wiederholten die Arbeitgeber das alte Spiel. Wir wollen es unterlassen, auf Einzelheiten bei diesen mehr als fünfjährigen Verhandlungen einzugehen. Bemerkenswert sind aber doch, daß von der Führung des Schlesischen Malerbundes die notwendige Sachlichkeit nicht immer gewahrt wurde. Ohne den Vorsitzenden des Bundes wurde dann nochmals in eine Generalaussprache eingetreten, und erst als durch unsern Bezirksleiter zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Verantwortung für ein Scheitern der Verhandlungen im vollen Umfang die Leitung des Schlesischen Malerbundes trifft, wurde man auf der andern Seite bedenklich. Deshalb gelang es dann, den nachstehenden einstimmigen Schiedspruch zustande zu bringen:

In der Sitzung des Fachschiedsgerichts des Schlesischen Malerbundes und dem Verbands der Maler-Lackierer, Anstreicher usw. Deutschlands vom 30. April 1928 ist in der Lohnstreitfrage, betreffend die Festsetzung der Löhne nach dem 1. Mai 1928, unter Beteiligung der in der anliegenden Anwesenheitsliste aufgeführten Herren folgender einstimmiger Schiedspruch gefaßt worden:

a) Die Lohnsätze erhöhen sich von der ersten vollen Lohnwoche im Mai 1928, das heißt, vom 4. beziehungsweise 5. Mai für Breslau, Liegnitz und Waldenburg um 5 % und vom 28. September an um weitere 3 %;

b) für die übrigen Orte des Vertragsgebietes um 4 % und vom 28. September an um weitere 2 %.

Das Lohnabkommen endet mit dem 30. April 1929. Zustimmungserklärung bis Mittwoch, 9. Mai, mittags 12 Uhr. gez. Kühn.

Freitag, 4. Mai, nahm eine sehr gut besuchte Versammlung unserer Breslauer Kollegen zu diesem Verhandlungsergebnis Stellung. Nach dem Bericht des Kollegen Jaeschmann kam die Unzufriedenheit der Kollegen mit dem Ergebnis der Verhandlungen zum Ausdruck. Anerkannt wurde aber von der überwiegenden Mehrheit der Breslauer Kollegen, daß unsere Verhandlungskommission alles getan hat, was im Rahmen des Möglichen lag. Deshalb wurde auch der Kommission das Vertrauen gegen ganz wenige Stimmen ausgesprochen.

Kollege Jaeschmann konnte im Schlusswort feststellen, daß die schlesische Kollegenschaft einmütig hinter der Verhandlungskommission steht und anerkennt, daß ein weiterer Schritt nach vorwärts getan ist. Es gelte nunmehr, auch den Gleichgültigen und uns Fernstehenden klarzumachen, daß nur durch eine starke und gefestigte Organisation weitere Erfolge möglich sind. Deshalb müsse für jeden Kollegen nunmehr die Parole lauten: „Stärkung der Organisation. Auch in finanzieller Beziehung“, nur dann sind wir allen Angriffen der Arbeitgeber gegenüber stark genug.

Aus der „quien alten“ Zeit.

Anlässlich der Wahlen zum Deutschen Reichstag und Preussischen Landtag am 20. Mai ist für viele ein Hinweis auf die Zustände in der kaiserlichen, der herrlichen Zeit, wie sie die Reaktionen aller Schattierungen wieder erlösen, sehr angebracht. Auch solche Kollegen, die mit der Behauptung, es sei in der Republik nichts erreicht, schnell bei der Hand sind, sollen die folgenden beiden „Kulturdokumente“ zum Nachdenken veranlassen:

Königlicher Landrat, Nachwächter und Gänsehirtin.
In der „Deutschen Republik“ gibt A. Kuhnemüller folgende Verfügung wieder, die der Landrat des Kreises Weissenfels Anno 1907 erließ:
Der königliche Landrat.
Journalnummer 4076.

Wie amtlich festgesetzt ist, haben Sie am 1. Mai dieses Jahres an der sozialdemokratischen Waierversammlung in Leuchtern und darac. „a den sozialdemokratischen Veranlassungen in Wahllich teilgenommen. Mit Rücksicht darauf entbehe ich Sie hierdurch von Ihrem Amte als Nachwächter der Gemeinde Gofferau. gez. Graf Unruh.“

In Begeisterung vorwärts zum Sieg!

Gewerkchaftliche Pfingstgedanken.

Da sollen sie einst versammelt gewesen sei, die Jünger des Meisters von Nazareth. In einer Versammlung. Zur Gründung eines feierlichen Zusammenschlusses. Zur Agitation für ihre Idee. Pfingsten.

Voll war ihr Herz. Uebervoll von der Größe ihres Gedankens. Und die Fülle ihres Herzens wurde zum Wort. Und das Wort zur Tat. Sie gingen hin. Sie wirkten. Sie warben. Und gewannen.

Ihr herrlichen Menschen des Volkes! Voll Blut war euer Herz. Voll Glaube an das Recht und das Gute eurer Seele. Ja, und darum, nur darum littet und strittet ihr. Opfertet ihr. Zwangt ihr eine Welt in euren Bann. Mag man die spätere Geschichte betrachten, wie man auch will: euer, ihr Männer des Volkes, gedenken wir. Ihr fühlte euch als die Träger der Zeitenwende — wie wir. Und ihr wußtet sie zu tragen in glühendem Schwung eurer gläubenden Seele.

War die Zeit damals wirklich „erfüllt“? Nein, die ökonomische Geschichte mußte noch rollen durch die Jahrhunderte. Und schwer rollte sie. Träge. Oft stand sie still. Und dann wieder vorwärts. Bis die ökonomische Geschichte mit einer Stoßkraft ohne gleichen das letzte Jahrhundert durchdrang und wir am ökonomischen Ausblick stehen in einer früher nie geahnten neuen Gestaltung des Lebens. Jetzt klärt sich das Bild. Jetzt zeigt die Geschichte einen Sinn. Technik mußte erst werden, daß Befreiung war. Und Massenseele mußte erst geschmiedet werden von der Technik. Und aus diesem allen heraus die Erkenntnis der neuen sozialen Formung des Lebens und als Weg und Kraft der organisatorische Zusammenschluß derer, die da diesen Sinn der Geschichte sehen und die soziale Gestaltung des Zusammenlebens zum Ziele der Menscheneinheit bewußt erkämpfen.

Und da, wo wir die ganze große sittliche und geistige, die ganze große menschliche Erfüllung dieses sozialen Wachstums der Zeit fühlen, da sagt uns ob dieses wunderbaren Zieles eine tiefe und heilige Freude. Was gilt's doch zu schaffen! Wie wunderbar sonnig ist doch da vor uns die Welt! Brüder sollen Menschen sich nennen. Ja, Brüder! Endlich Brüder! Die Stunde der Geschichte schafft dazu endlich die ökonomische Voraussetzung.

O ihr schlichten Menschen jener Pfingstgeschichte, wie hat euch eure Liebe zum Guten begeistert! Wie wart ihr voll Innigkeit und voll Blut — und doch so weit vom Ziele eures Sehns ab. Und jetzt, wo es um die Erfüllung geht, wo ein starkes, wollendes Geschlecht tatsächlich Geschichte, umwälzende Geschichte, die Epoche der Menschlichkeit durch Formung des wirtschaftlichen Bildes erzwingen kann, da stehen dennoch so viele schmolend und zögernd und zweifelnd beiseite, ohne Blut, ohne Begeisterung, ohne diesen heiligen Glauben an das Größte.

Seht doch nicht immer das Kleine und das Enge, Begrenzte! Sucht doch nicht immer nur Fehler, die gemacht sein sollen, wie ihr vermeint. Ach, unsere Zeit verlangt wahrhaftig ein anderes Geschlecht! Eine Masse, getragen von pfingstlicher Feuerergut — und die Geschichte jubelt. Ein eines schaffendes Volk mit einem Willen und einer Liebe — und vor uns liegt eine Welt voll Glück!

Aber vorher müssen wir noch Pfingsten feiern: Blut haben, Feuer des Glaubens, Größe der Bestimmung, Heiligkeit solidarisch-menschlichen Gefühls, Begeisterung. Ja, Begeisterung!

Dr. Gustav Hoffmann.

Dem konservativen Gemeindevorsteher, der den unsterklichen Nachwächter bei dem konservativen Landrat denunziert hatte, genügte die Maßregelung des Verbrechers noch nicht. Er entbot auch seine Tochter ihres verantwortlichen Amtes als Gemeindegänsehirtin. Das junge Mädchen hatte sich zwar keines Besuchs einer Malerversammlung schuldig gemacht, aber sie war immerhin die Tochter eines solchen Besuchers.

Nebenbei bemerkt: der Vater hatte als Nachwächter jährlich 54 M., die Tochter als Gänsehirtin jährlich 30 M. bezogen. Es waren noch die goldenen Zeiten.

Wilhelm II. und der verurteilte Oberbürgermeister von Kolberg.

„Die „Allgemeine Deutsche Beamtenzeitung“ erinnert in ihrer Nummer 13 an folgende Heidenat Wilhelms II.: Der Oberbürgermeister von Kolberg hatte im Sommer 1896 den Sozialdemokraten die städtische Festhalle zur Verjüngung gestellt. So etwas durfte nach den damaligen Begriffen nicht ungestraft geschehen. Es wurde also gegen das Kolberger Stadtoberhaupt das Disziplinarverfahren eröffnet. Und als dann nach langem bürokratischen Hin und Her das königlich-preussische Oberverwaltungsgericht tatsächlich gegen den Oberbürgermeister entschieden hatte, konnte Wilhelm II. sich nicht enthalten, am 2. August 1896 vom Schloß Wilhelmshöhe aus dem Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts folgende Depesche zu senden:

„Von ganzem Herzen wünsche ich den Herren vom Gericht Glück zu dem mannhaften und richtigen Urteil in der Kolberger Sache. Möge der klare Spruch auch jeden Schatten eines Zweifels bei Meinen Untertanen beseitigen

lassen, wie sie sich der alles negierenden und alles umstürzen wollenden, daher außerhalb der Gesehe stehenden gewissenlosen Rote gegenüber zu verhalten haben, die noch eben den hehren Namen des deutschen Volkes im Ausland mit Hof beschwelen half, und deren Einfluß nur so lange währt, als bis der Deutsche sich wie ein Mann zu ihrer Vernichtung zusammenschart.“

Tausende und aber tausende Deutsche, die sich zu der „außerhalb der Gesehe stehenden Rote“ bekannten, haben vier Jahre lang im Dreck und Elend ausgehalten und sind nicht selbe defekt wie der Mann, der in obigem Telegramm das deutsche Volk aufforderte, diese „gewissenlose Rote“ zu vernichten.

Lohnbewegung

Nürnberg. Achtung Autolackierer! Die Firma Schunk & Schmidt ist gesperert.

Allgemein sollten unsere Kollegen sich verpflichtet fühlen, bevor sie auf Inzerate, besonders solche im „deutschen Arbeitsmarkt“, nach einem Ort abreißen, sich vorher bei unserer dortigen Filialverwaltung zu erkundigen.

Aus unserm Beruf

40jähriges Arbeitsjubiläum. Auf ein seltenes Jubiläum konnte dieser Tage unser Kollege August Wismann in Bielefeld zurückblicken. Seit 40 Jahren ist er ununterbrochen als Lackierer in den Märkchenwerken beschäftigt und erfreut sich trotz seiner 63 Jahre einer rüstigen Gesundheit.

Wir entbleten dem Jubilar unsere besten Glückwünsche.

Halle. (Filkalkonferenz.) Die Filiale Halle a. d. S. hielt am 22. April eine Fililkonferenz ab. Vertreten waren von den Zahlstellen und von der Filiale je 9 Kollegen, die Zahlstellen Torgau und Wochwitz waren nicht vertreten. Der Kollege Zimmermann eröffnete die Fililkonferenz und begrüßte die Kollegen. Zu Punkt 2 erhält das Wort für den verbindlichen Bezirksleiter Kollege Vogt, Leipzig, Amtsaage. Er geht auf die gepflogenen zentralen Verhandlungen ein und schließt die wichtigsten Erneuerungen, die geschaffen worden sind, heraus. Die Diskussion gestaltete sich recht lebhaft über die geringen Zugeständnisse in der Lohnfrage, da für Halle die Spannung der Löhne immer größer werde zwischen dem Bau- und Malergewerbe.

Zum 3. Punkt, Geschäftsbericht über das Jahr 1927, führte Kollege Amtsaage aus, daß die Wirtschaftskrise weiter zurückgegangen sei, so daß auch die Arbeitslosigkeit eingeschränkt wurde. Auch die Industrie belebte sich mehr. Die Bautätigkeit war etwas besser als 1926, aber keinesfalls deckte sie den Mangel an Wohnungen für Wohnungsuchende, da immer noch mehr Arbeitskräfte durch die Industrie von auswärts herangezogen werden. Neubauten wurden 380 errichtet (1926 357), davon 306 Wohnhäuser (1926 198) mit 973 Wohnungen (1926 622). Von der Industrie wurden 74 Neubauten mit 18 Wohnungen errichtet. Um- und Aufbauten: Geschäftshäuser 91 mit 59 Wohnungen; abgebrochen wurden 43 Wohnungen. Für 1928 sind 1400 Wohnungen angemeldet. Die Arbeitslosigkeit ergab im 1. Quartal 1927 217 Kollegen mit 1894 Sollarbeitsstunden, im 2. Quartal mit 212 Sollarbeitsstunden, im 3. Quartal 24 Kollegen mit 291 Sollarbeitsstunden, im 4. Quartal 189 Kollegen mit 1645 Sollarbeitsstunden.

Der Reichstarif brachte uns Abschlüsse für Halle, Merseburg, Weißenfels, Bitterfeld, Wittenberg, Delitzsch, Eßben, Alleben, Elleben, Querfurt, Elsterwerda, Torgau mit 8 bis 10 %, für Leuna 18 %. Neue Tarife wurden abgeschlossen mit den Firmen Kühn und Ludwig Rathe und Sohn, Karosseriefabriken, mit 8,5 % Ecklohn und 15 % Akkordzuschlag. In der Metallindustrie wurden die Löhne um 5 % erhöht.

Der Mittaliederstand ergab am Schluß des vorigen Jahres 781, also einen Gewinn von 110 Mitgliedern. Lehrlinge zählen wir 118.

Die Kassenverhältnisse ergaben an Einnahmen 33 806,85 M., die Ausgaben 30 714,95 M., bleibt ein Kassenbestand von 2891,70 M. Von dieser Summe sind zu wenig an die Hauptkasse gesandt 1369,71 M., so daß der wirkliche Filialkassenbestand 1521,99 M. beträgt. Die Lokalabgaben haben sich um 1436,80 M. erhöht. Ausgezahlt sind für Arbeitslosenunterstützung 2287 M., Krankenunterstützung 1184,80 M., Reiseunterstützung 13,25 M. und Sterbegeld 291 M.

Zur Betreibung der Agitation und zur Erledigung der Bescheße fanden statt: 13 Mittalieder-, 11 Lackierer- und 12 Lehrkursveranstaltungen, 8 Werkstellendelegiertenversammlungen, 58 Werkstellen-Agitationsveranstaltungen und 3 Tarifamtsitzungen. In den Zahlstellen wurden 57 Veranstaltungen einschließlich Tarifverhandlungen abgehalten. In 4 Orten wurde Hausagitation betrieben. Im Berichtsjahr wurde 1 Lehrkursus „Holzmalerei“ für Lehrlinge abgehalten. Der Antrag, ab 23. Woche den Lokalbeitrag von 30 auf 40 % pro Marke zu erhöhen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Zum Punkt „Organisation und Agitation“ wurden vom Kollegen Amtsaage alle Wege aufgezeigt, die zur Stärkung der Organisation beitragen. Die Kollegen waren sich darüber klar, daß in größeren Betrieben die Werkstattagitation die beste Form sei, für die kleineren Betriebe nur die Hausagitation wirken könne. Zum Schluß wurde das Ortsstatut nach eingehender Prüfung, Festsetzung der Entschädigungen für Einkassierung, pers. Verwaltungskosten der Zahlstellen und anderes neu festgelegt.

Halten Sie nur unbekümmert an den höchsten Zielen fest und seien Sie versichert, daß gerade aus diesem Streben Kräfte und Mittel fließen, durch welche die idealen Gedanken sich in reale Taten umsetzen. Ludwig Reuter.

Kollegen! Werbt für Eure Berufsorganisation!

Berufsunfälle

Berlin. In der Fabrik für zahnärztliche Instrumente, N. Fresche, Neukölln, erfolgte am 2. Mai die Explosion eines Lackierofens, die den Tod unseres Kollegen vom Schke zur Folge hatte. Drei andere Arbeiter erlitten leichtere Verletzungen. Die Explosion erfolgte in dem Lackierraum, in dem zwei mit Gas heizbare Trockenöfen stehen. Die Ursachen der Explosion konnten noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Die Staatsanwaltschaft hat sich der Sache angenommen.

Wir haben in letzter Zeit schon mehrere Male Unglücksfälle registrieren müssen, die durch Ofenexplosionen verursacht waren. Die Gewerbeaufsicht scheint aus diesen Unfällen noch nicht den Schluß gezogen zu haben, daß es endlich an der Zeit wäre, die Verwendung von direkt beheizten Gasöfen in Lackierereien zu verbieten. Selbst die für Berlin bestehenden Richtlinien zur Bedienung der Lackieröfen können Unfälle nicht ganz ausschließen. Was wir wünschen und fordern, ist, daß die gasgeheizten Öfen endlich durch Öfen mit indirekter Beheizung, Dampf oder Heißwasser, ersetzt werden. Wenn auch diese nicht absolut explosionsicher sind, so bieten sie der Arbeiterschaft doch einen verhältnismäßig größeren Schutz gegen Unfälle.

Hannover. Am 5. Mai stürzte Kollege G. Koch von einer Trittleiter und zog sich einen Bruch des rechten Unterarmes zu.

Baugewerbliches

Ausbildungskurse für Baukontrolleure.

Auf Anregung der Gewerkschaften hat im Februar d. J. der preussische Landtag das Staatsministerium ersucht, Kurse für die weitere Ausbildung der Baukontrolleure einzurichten. Der Wohlfahrtsminister bemüht sich jetzt, dem Wünsche des Landtages durch den nachstehenden, an die Regierungspräsidenten gerichteten Erlaß Rechnung zu tragen:

Berlin, 13. April 1928.

Unter dem 15. April 1907 — III. B. 8. 128 — hat der Minister der öffentlichen Arbeiten im Hinblick auf die zuweilen mangelhafte technische Vorbildung von Hilfsbeamten der Baupolizei, die mit der örtlichen Bewachung von Bauausführungen betraut sind, ersucht, auf eine Weiterbildung der Betreffenden durch Unterrichtskurse hinzuwirken.

Es erscheint angebracht, die infolge dieses Erlasses aufgenommenen, mit Beginn des Krieges wieder eingeschlagenen Bestrebungen, die sich nach den Berichten der Herren Regierungspräsidenten vielerorts als notwendig erwiesen hatten und bewährt haben, wieder aufzunehmen; insbesondere darf erwartet werden, daß solche Kurse dazu beitragen werden, die Unfallverhütungsmassnahmen im Baugewerbe zu vervollkommen. Zu den damaligen Hilfsbeamten der Baupolizei, den technischen Baukontrolleuren, sind die Baukontrolleure aus dem Arbeiterstande getreten; sie werden in diesen Kurzen besonders zu berücksichtigen sein. Der Landtag hat durch Annahme eines Entschliessungsantrages das Staatsministerium um die Weiterbildung der Baukontrolleure ausdrücklich ersucht.

Ich ersuche, einer solchen Einrichtung, soweit tunlich, wieder näherzutreten und behalte mir weitere Anregungen dazu vor.

Die Weiterbildung der Baukontrolleure ist als Angelegenheit sächlicher Polizeikosten zu betrachten, bei denen die Bereitstellung staatlicher Mittel nicht in Frage kommt.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt.
gez.: Hirtliefer.

11. 8. Nr. 500/28.

Es wäre besser gewesen, der Minister hätte in dem Erlaß sofort über Art und Umfang der Kurse genaue Anweisungen gegeben, anstatt sich nur weitere Anregungen vorbehalten. Jetzt wird wahrscheinlich der Erlaß des Ministers von einer Anzahl Regierungspräsidenten den Gemeinden zur Kenntnis gebracht mit dem Ersuchen, sinngemäß zu verfahren. Auf diese Weise wird der durch den Entschliessungsantrag des Landtages beabsichtigte Zweck kaum erreicht werden. Es darf nicht jeder Gemeinde überlassen bleiben, die Weiterbildung ihrer Baupolizeiorgane nach Gutdünken vorzunehmen oder vielleicht gar davon Abstand zu nehmen, weil sie eine weitere Ausbildung dieser Personen für nicht erforderlich erachtet. Wenn die Kurse Erfolg haben sollen, müssen sie für den Bereich eines Regierungsbezirkes abgehalten werden. Auch muß für geeignete Lehrkräfte gesorgt werden. Nur so dürften die Teilnehmer Gelegenheit haben, ihr Wissen zu bereichern, durch gemeinsame Besprechung dienstlicher Angelegenheiten die Verhältnisse in anderen Orten kennenzulernen und daraus für die eigene Tätigkeit Nutzen zu ziehen. Bei einem solchen Vorgehen werden auch die Kosten für die einzelnen Gemeinden sehr gering sein.

Wie die angeordnete Weiterbildung der Baukontrolleure durchgeführt werden wird, muß vorerst abgewartet werden. Wir werden aber darauf achten, ob die nachgeordneten Behörden den Anregungen des Wohlfahrtsministers nachkommen. Die bisherigen Erlasse des Ministers auf Einstellung von Baukontrolleuren sind nicht kamer von den nachgeordneten Stellen strikte durchgeführt worden. Es ist daher anzunehmen, daß auch der Weiterbildung der Baukontrolleure nicht das erforderliche Interesse entgegengebracht wird.

Gewerkschaftliches

Schafft geeignete Kollegen zur Vertretung vor den Arbeitsgerichten!

Je mehr das große Reformwerk Arbeitsrecht Taffache wird, desto mehr müssen die Gewerkschaften den Versuch machen, aus sich heraus Kräfte zu entwickeln, die diesen

Fragenkomplex in allen Teilen beherrschen. Ist erst einmal ein Gesetz zur Durchführung gelangt, dann kommt es darauf an, es in der Praxis für die Arbeiterschaft wirksam werden zu lassen. Dies kann nur geschehen, wenn dazu geeignete Gewerkschaftskollegen sich mit Interesse und Fleiß in die neuen Fragen vertiefen. Die Klagen vor den Arbeitsgerichten haben desto größere Aussicht auf Erfolg, wenn sie geschickt vertreten werden. Im Heft 5 der „Mitteilungen der Industrie- und Handelskammern von Berlin“ befindet sich ein Artikel eines Amtsgerichtsrats über „Die Prozessvertretung vor den Arbeitsgerichten“. Darin heißt es unter anderem: „Es ist nicht zu verkennen, daß sowohl unter den Vertretern der Arbeitgeberenschaft wie der Arbeitnehmerenschaft sich sehr geschickte und erfahrene Ver-

Werbung.

Komm! das sei ein Zauberwort an die vielen, die noch zagen, die nach der Erleichterung fragen und im Zwang sind fort und fort.

Komm! das sei ein Brudergruß durch Fabriken, Haus und Hütten, jeder, der mit dir gelitten, er begreift wie du das Muß.

Wenn dein Beispiel ihn bezwingt, wenn dein Wort zu ihm die Brücke, dann verschreucht es Trug und Tücke, und es macht euch gleichbeschwingt.

Komm! verstärke unser Heer! Werden wir aus Leidgenossen notgefugte Streitgenossen! Und so kommen immer mehr.

Komm! das ist das Zauberwort! Auf die Freiheit warten viele, kommt ihr, kommen wir zum Ziele, sind wir um so schneller dort.

Julius Zerfall.

händler befinden. Teilweise sind aber auch völlig ungeeignete Kräfte darunter, denen die Partei ihre Prozessführung anvertrauen muß, weil sie sich nach dem Gesetz nicht durch andere, geeignetere Personen vertreten lassen kann. Die Güte der Prozessvertretung hängt also ganz von der Eignung des betreffenden Organisationsvertreters ab. Selbst der beste Organisationsvertreter wird da, wo es sich nur um Rechtsfragen handelt, als Prozessbevollmächtigter verfallen können und müssen, weil es ihm an den Rechtsgrundlagen fehlt, die vielfach für die Entscheidungen maßgebend sind. Das bringt es mit sich, daß in derartigen Fällen gerade von den tatsächlichen Unterlagen für den Rechtsstreit leicht Wesentliches nicht vorgebracht wird, weil der Vertreter oder die Partei nicht ahnt, welche Bedeutung die betreffenden Umstände für den Prozeß haben.“

Der berechnete Kern dieser Aeußerungen dürfte nicht zu verkennen sein. Abgelehnt werden muß die Forderung, daß sich hieraus die Notwendigkeit ergebe, Anwälte mit der Vertretung vor dem Arbeitsgericht zu betrauen. Der Verfasser bricht weiter eine Lanze für die Unorganisierten, denen es sehr schlecht möglich sei, sich vor dem Arbeitsgericht vertreten zu lassen. Er stellt die Forderung auf, den Unorganisierten durch die Zulassung von Anwälten Rechtsvertreter an die Hand zu geben. Unseres Erachtens sind die Unorganisierten weder zu bedauern, noch sind ihrerwegen die Gesetzesbestimmungen zu ändern. Wer sich bewußt außerhalb der Reihen der Organisierten stellt, verzichtet darauf, irgend welchen Einfluß auszuüben und bildet ein Hemmnis der kulturellen Entwicklung. Rücksichten sind hier nicht am Platze. Über zweifellos recht hat der Artikelreiber der „Mitteilungen“, wenn er sagt, daß die Güte der Prozessvertretung von der Eignung des betreffenden Organisationsvertreters abhängt. Deshalb kann nicht oft genug die Forderung erhoben werden: Schafft Spezialisten des Arbeitsrechts, damit die Belange der Arbeiter und Angestellten vor dem Arbeitsgericht auch wirksam vertreten werden können!

Verdiente Gewerkschaftskämpfer. Am 1. Mai 1928 war der Genosse Friß Krieg vom Verbands der Lebensmittel- und Getränkearbeiter 30 Jahre Gewerkschaftsredakteur. 1898 übernahm Krieg die Redaktion der „Brauerzeitung“ und behielt sein Amt auch bei den verschiedenen Verschmelzungen mit andern Verbänden. Wir beglückwünschen Genossen Krieg zu seinem Jubiläum. — Im Deutschen Holzarbeiterverband wurde am 1. Mai das Jubiläum des Genossen Wilhelm Schneegäß gefeiert, der an diesem Tage seit 30 Jahren Verbandsangestellter war. Schneegäß ist 64 Jahre alt und gehört seinem Verbands seit 44 Jahren an. Er hat sein Bestes zum kulturellen Aufstieg seiner Berufsgenossen gegeben. Den Glückwünschen seiner Verbandskollegen schließen wir uns an.

Der Vorsitzende des Deutschen Sattler-, Tapezierer und Portefeuller-Verbandes, Genosse Peter Blum, konnte am 1. Mai sein 25jähriges Jubiläum als Verbandsangestellter feiern. Am 1. Mai 1903 wurde der Jubilar als Sekretär des ehemaligen Sattlerverbandes angestellt, nachdem er seit 1891 schon in Berlin ver-

schiedene Vertrauensposten bekleidet hatte. Blum war als Angestellter rege beteiligt an der Verschmelzung mit den Portefeullern im Jahre 1909, mit den Tapezierern 1920 und trug wesentlich zur Entwicklung seines Verbandes bei, wie er auch allzeit in der Arbeiterbewegung seine Pflicht erfüllte. Im Jahre 1922 betrauten ihn die Sozialdemokraten in Epenick mit dem Ehrenamt eines unbefoldeten Stadtrates. Am 17. Juni kann der Jubilar seinen 65. Geburtstag feiern und freudig entbieten wir unsern alten lieben Freund die besten Glückwünsche!

Osftav Sabath 65 Jahre. Am 1. Mai vollendete der Vorsitzende des Berliner Gewerkschaftsausschusses, O s t a v S a b a t h, sein 65. Lebensjahr. Von Beruf Schneider wurde er schon 1892 als Geschäftsführer der Hamburger Verwaltungsstelle des Schneiderverbandes gewählt. 1899 bestimmte ihn der Berliner Gewerkschaftskongreß zum zweiten Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. 1902 wurde Sabath Redakteur des Schneiderverbandes und hatte diesen Posten inne bis zu seiner 1920 erfolgten Wahl in sein jetziges Amt. Wie rühmlich Genosse Sabath heute noch ist, beweist, daß er von der Berliner Arbeiterschaft erneut als aussichtsreicher Kandidat für den Preussischen Landtag aufgestellt wurde.

Siebenstundentag und Arbeitslosigkeit in Rußland. Im Oktober des vergangenen Jahres wurde gelegentlich des zehnjährigen Jubiläums der Sowjetrepublik die allmähliche Einführung des Siebenstundentages in den Industriebetrieben angekündigt. Seitdem sind mehrere Verordnungen beziehungsweise Regierungserklärungen erlassen worden, die darauf schließen lassen, daß die Einführung des siebenstündigen Arbeit noch auf längere Zeit hinausgeschoben wird. Wenn trotzdem mit der Einführung des Siebenstundentages in absehbarer Zeit zu rechnen ist, so in erster Linie mit Rücksicht auf das Ueberangebot von Arbeitskräften, das in Sowjetrußland von Jahr zu Jahr zunimmt. Der gewaltige Bevölkerungszuwachs — jährlich drei Millionen Personen — kann in der russischen Produktion nicht untergebracht werden. In der Staatsindustrie ist die Zahl der Industriearbeiter 1924/25 noch um 286 000, 1925/26 um 453 000, 1926/27 aber nur um 107 000 vermehrt worden, im Voranschlag für das Jahr 1927/28 rechnet man nur mit einer Zunahme der Industriearbeiter um 50 000. In dem Wirtschaftsplan, der vom Obersten Volkswirtschaftsrat für die nächsten fünf Jahre aufgestellt wurde, wird die Steigerung der Zahl der Industriearbeiter von gegenwärtig 1,88 Millionen auf 2,27 Millionen des kaufmännischen und technischen Personals von 207 000 auf 251 000 geschätzt. Gegenwärtig sind etwa zwei Millionen Arbeitslose vorhanden, die die Städte überfüllen, also ungefähr soviel, als in der Staatsindustrie überhaupt beschäftigt sind. Unter solchen Umständen erscheint die Einführung des Siebenstundentages als ein Mittel, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Der Berichtsfasser der „Frankfurter Zeitung“ hält es auf Grund seiner Informationen für nicht ausgeschlossen, daß die Sowjetregierung eines Tages aus dem gleichen Grunde zum Sechsstundentag übergehen wird. Eine Steigerung des Nominal- und Reallohns des einzelnen Arbeiters ist dann natürlich unter den russischen Verhältnissen, das heißt bei der geringen Kapitalausstattung pro Kopf des Arbeiters, unmöglich, und die Steigerung der Produktion kann dann nur die Gesamtlohnsumme der Arbeiterschaft vermehren.

Genossenschaftliches

Völkerverbindende Wirtschaftskultur.

Es ist keine ernsthaft zu bestreitende Tatsache mehr, daß enge wirtschaftliche Verbindungen der Völker untereinander sehr viel mehr zu ihrer Verständigung und zum dauernden Frieden beitragen können, als die besten Diplomaten der Welt zusammengenommen. Zu diesen wirtschaftlichen Verbindungen ist indes die privatkapitalistische Wirtschaftskultur Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht zu rechnen. Denn ihre logische Folgerung hat der Weltkrieg mit furchtbarer Deutlichkeit aufgezeigt, der im wesentlichen nichts anderes gewesen ist als der machtpolitische Kampf um den Kapitalprofit. Beweis: die internationalen Kartelle der privatkapitalistischen Wirtschaft — vor allem der Eisen- und Stahlindustrie usw. — suchen statt dieser machtpolitischen Auseinandersetzung, die das Kapital „haben wie drüben“ zerstört und damit auch den Profit, die Beute gemeinsam zu teilen. Was aber immer wieder nur auf Kosten der beteiligten Völker geschehen kann. Woraus sich ergibt, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem als eine Art Egoismus und Charaktermangel im internationalen Wirtschaftsverkehr mit die Wahl läßt zwischen dem Krieg und dem Wirtschaftsertrag oder der gemeinschaftlichen Wirtschaftsdiktatur über die Völker.

Anders das genossenschaftliche Wirtschaftssystem. In dem es seinem Wesen nach, das heißt grundsätzlich, das Spekulationselement und den Gewinn am Dritten ausschaltet, die die charakterisierenden Eigenschaften der kapitalistischen Wirtschaft bedeuten, beseitigt es zugleich die Elemente machtpolitischer Konkurrenzfragen und wirkt als völkerverbindende Wirtschaftskultur.

Diese Auffassung beginnt aus dem Reich der Theorie in den Geschichtsbereich praktischer Taffachen zu treten. Wunsch und Wille werden Wirklichkeit. Die Internationale Großenkauf-Gesellschaft der Konsumgenossenschaften, die in 32 Ländern der Welt über 50 000 Genossenschaften mit etwa 35 Millionen Mitgliedern (Familien) zählen, pflegt bereits einen internationalen genossenschaftlichen Geschäftsverkehr, an dem 19 Staaten der Welt mit zum Teil erheblichem Umfang beteiligt sind. Am Gesamtumsatz von rund 1 Milliarde = 1000 Millionen Reichsmark im zweiten Halbjahr 1927 haben die Großenkaufgesellschaften in England und Schottland mit 400 Millionen Mark Umsatz, Rußland mit 42 und Deutschland mit 30 Millionen Mark den Löwenanteil geleistet. Ist auch, gemessen am allgemeinen Weltwirtschaftsverkehr,

nach ein verhältnismäßig kleiner Umsatz, so enthält er doch schon bemerkenswerte Ansätze der Entwicklung einer Wirtschaftskultur, die dem wahren Wesen einer Menschheitskultur der Völker entspricht.

Von Interesse ist auch die Klassifizierung der Waren, die zwischen den beteiligten Konsumgenossenschaftlichen Großhandelsfirmen „gehandelt“ beziehungsweise vermittelt werden, und zwar: Getreide, Getreideprodukte, Zucker, Erbsen, Saatgut, Bohnen, tierische Fette, Meiereiprodukte, Pflanzen- und Mineralöle, Kolonialwaren, fette und konzentrierte Früchte, Fische, Käse, Textil- und Manufakturwaren, Holz, Mineralien, Chemikalien und Fasertoffe. Wie man sieht, fast lauter Konsumartikel des täglichen Lebens, während Luxusartikel gänzlich ausfallen, von denen der englische Genossenschaftstheoretiker E. Wolf in seiner Schrift „Sozialismus und Genossenschaftswesen“ sagt, daß sie zu neun Zehntel umnißte Vergewendung volkswirtschaftlicher Werte bedeuten.

In dem Maße nun, wie unter der Entwicklung der erst zwei Jahre alten Internationalen Großhandelsfirmen der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsverkehr zwischen den Völkern zunimmt, entwickelt sich auch die völkerverbindende Wirtschaftskultur als ein Friedensfaktor ersten Ranges. Denn nur der internationale Kapitalproffit entwickelt keine letzte Konsequenz im Gas- und Ölrieg der Zukunft. Und nichts ist so sehr geeignet, die Bedeutung des internationalen Wirtschaftsverkehrs der Genossenschaften gerade um die Zeit des 1. Mai herum eindrucklich zu manifestieren, als derselbe neben der politischen und gewerkschaftlichen Zielsetzung der organisierten Arbeiterklasse das dritte Element der Befriedung der Völker bildet.

Darum: Stärkt die Konsumgenossenschaften!

Sozialpolitisches

Beschäftigungsgrad und Absatz der deutschen Industrie Anfang Mai.

Noch haben die Konjunkturpessimisten Unrecht behalten, denn nach wie vor kann die Gesamtlage der Wirtschaft als befriedigend bezeichnet werden. Gewiß läßt die Inlandskonjunktur vielfach etwas nach. Dieser Umstand kann allerdings abgeschwächt werden, je mehr das Heer der Arbeitslosen sich vermindert. Der Arbeitsmarkt zeigt eine merkwürdige Besserung. Eine günstige Geschäftslage erkennen sich insbesondere die Elektroindustrie, einige Zweige der chemischen Industrie, die Maschinenindustrie, Spezialerzeugnisse der Metallindustrie und einige andere. Es ist nicht zu verkennen, daß sich in den Konsumgüterindustrien eine verschlechterte Lage bemerkbar macht, die Nachfrage nachläßt und demgemäß der Beschäftigungsgrad beeinflusst wird. Da ist es ein sehr günstiges Zeichen, daß die Ausführfähigkeit nach wie vor eine steigende Linie zeigt. Dadurch kann die fehlende Inlandsnachfrage zum Teil wettgemacht werden. Die deutsche Industrie beginnt sich erfreulicherweise auf den Weltmärkten durchzusetzen. Daß die Wirtschaftslage auch in Zukunft noch günstig bleiben wird, darauf deuten verschiedene Merkmale hin. So hat zum Beispiel der Güterverkehr auf der Reichsbahn im März gegenüber dem Vormonat arbeitstätig um 5 % zugenommen. Auch im April hat der Warenumschlag die Höhe des Vormonats beibehalten. Ein günstiges Moment liegt unzweifelhaft in der Einfuhr von Rohstoffen und hier vermittelt die nachstehende Aufstellung ein klares Bild. Die Einfuhr von den nachfolgenden Rohstoffen betrug in Millionen Reichsmark:

Table with 5 columns: Rohstoff, Monatsdurchschnitt 1926, 1927, Januar 1928, Februar 1928, März 1928. Rows include Wolle, Baumwolle, Getreide, Kupfer.

Die Einfuhr dieser in Deutschland zur Verarbeitung gelangenden Rohstoffe war in den ersten Monaten dieses Jahres höher als im Durchschnitt der beiden vorhergehenden Jahre. Die Rohstoffzufuhr gilt mit Recht als ein Merkmal der Konjunkturentwicklung. Nachstehende Zusammenstellung ermöglicht einen Gesamtüberblick über den Beschäftigungsgrad und gibt ein Bild über die gesonderte Lage der einzelnen Industrien:

Im Kohlenbergbau ist der Inlandsabsatz leicht zurückgegangen, der Beschäftigungsgrad blieb unverändert befriedigend. Der Inlandsabsatz der Eisen- und Stahlindustrie war zum Teil saisonmäßig belebt, der Beschäftigungsgrad befriedigend. Die Maschinenindustrie hat einen weiter befriedigenden Geschäftsgang, der Beschäftigungsgrad und der Inlandsabsatz haben sich zum Teil etwas gebessert. In der Metallwarenindustrie ist der Beschäftigungsgrad und der Absatz unverändert befriedigend. In der Kleinmetallindustrie läßt der Absatz nach, der Beschäftigungsgrad ist dementsprechend. Der Beschäftigungsgrad in der Automobilindustrie ist im allgemeinen zufriedenstellend, der Absatz befriedigend. Es herrscht starke Nachfrage nach kleinen Fahrzeugtypen. Einen guten Beschäftigungsgrad und einen lebhaften Inlandsabsatz hatte die Elektroindustrie zu verzeichnen. Die Fahrradindustrie klagt über mangelnde Beschäftigung und ungenügenden Absatz. In der Spielwarenindustrie war der Beschäftigungsgrad unzureichend und der Absatz befriedigend. Die optische Industrie hat steigende Umsätze namentlich in Photoartikeln. Im Baugewerbe hat sich die Beschäftigung gebessert, ist aber wie vor allem im Malergewerbe, noch keineswegs als befriedigend zu bezeichnen. Die Zementindustrie hat einen steigenden Beschäftigungsgrad, der Absatz ist befriedigend. In den Glasbäuren ist der Absatz normal, der Beschäftigungsgrad zufriedenstellend. Die Beschäftigung in der Holzindustrie ist im ganzen leicht rückgängig, der Absatz nachlassend; nur für Bauholze besser. In der Papierindustrie ist die Beschäftigung und der Absatz unverändert befriedigend. Die Kammgarn-, Wollspinnerei- und Weberei sind im ganzen noch für einige Zeit beschäftigt, doch wird schon teilweise Kurzarbeit geleistet; Neuaufträge werden zurückgehalten. Der Absatz in der Tuchindustrie ist nachlassend,

die Beschäftigung jedoch meist noch befriedigend. Die Baumwollspinnerei und Weberei sind fast durchgängig nur für wenige Wochen beschäftigt, der Absatz ist uneinheitlich, aber zumeist noch befriedigend. Die Leinwandindustrie muß zum Teil weitere Betriebsbeschränkungen vornehmen, der Inlandsabsatz ist wenig befriedigend. Der Beschäftigungsgrad in der Seidenindustrie ist ruhig, der Absatz in Saisonartikeln belebter. Die Juteindustrie ist für einige Monate voll beschäftigt. Umfangreiche Neubestellungen, besonders aus der Kaolinindustrie sind zu erledigen. Die Kunstseidenindustrie hat einen guten Beschäftigungsgrad und lebhaften Absatz. Die Strumpf- und Wirkwarenindustrie ist größtenteils noch auf längere Zeit beschäftigt; der Absatz ist etwas nachlassend. Die Lederindustrie ist im allgemeinen befriedigend beschäftigt und hat einen zufriedenstellenden Absatz. Der Beschäftigungsgrad der Schuhfabriken ist eingeschränkt, der Absatz ist nicht befriedigend. Die Chemische Industrie hat einen guten Beschäftigungsgrad und einen befriedigenden Inlandsabsatz. Der Beschäftigungsgrad sowie der Inlandsabsatz der Stickstoffindustrie sind befriedigend. Die Kautschukindustrie ist befriedigend beschäftigt und hat einen guten Inlandsabsatz. Die Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabriken haben einen guten Beschäftigungsgrad und einen günstigen Absatz. Die Brauereien sind gut beschäftigt. Der Absatz ist befriedigend.

Die Lage der deutschen Wirtschaft hat sich mithin bis Anfang Mai auf den bisherigen Stand gehalten. Im einzelnen sind allerdings Verschiebungen vorgekommen. Doch ist es wenig wahrscheinlich, daß in den nächsten Monaten eine wesentliche Verschlechterung eintreten wird.

Ueber die Bedeutung des Inlandsmarktes.

Die Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß der Inlandsmarkt das gewaltige Sammelbecken sei, in das die erzeugten Warenmassen abströmen könnten. Die Unternehmer können diese Tatsache nicht bestreiten, aber sie sind der Ansicht, daß die Exportfähigkeit vor allem aufrecht erhalten werden müsse. Exportfähig sei nur diejenige Industrie, die billige und gute Waren zu erzeugen in der Lage sei. Und billig könnte man nur erzeugen, wenn die Arbeitslöhne in gewissen Grenzen gehalten würden.

Niedrige Löhne und ein aufnahmefähiger Inlandsmarkt schließen sich aber gegenseitig aus. Eine Hinweisbarkeit, die man eigentlich nicht aussprechen brauchte. Die Lohnpolitik der Gewerkschaften erstrebt die Erhöhung des Lebensstandards. Sie hat neben dem noch den großen Vorteil, daß sie den Grad des industriellen Wachstums verstärkt, insofern die Produktionsanlagen ausgenutzt werden können und die Produktion als Ganzes sich dadurch billiger stellt. Auf diese Vorteile weist nun auch die Disconto-Gesellschaft in ihrem Wirtschaftsbericht vom 1. Mai mit folgenden Worten hin:

„Wenn auch der Inlandsmarkt für die meisten Industrien weitaus der größte Kunde ist, so wird er andererseits in dem Maße, wie er sich verbreitert und durch die damit mögliche Produktionssteigerung die Herstellungskosten senkt, zu einer nicht hoch genug einzuschätzenden Stütze für die Exportfähigkeit. Allerdings gilt das gleiche auch für die Industrieländer, die mit uns auf dem Weltmarkt konkurrieren. Besonders bei den Vereinigten Staaten ist in den letzten Jahren deutlich zu beobachten, daß mit gesteigerter Massenproduktion für den enorm aufnahmefähigen Inlandsmarkt viele Industrien ihren Kraftüberfluß zur Ausdehnung ihres Exports benutzen. — Ein weiteres Moment, das den deutschen Export gefördert hat, ist psychologischer Art: Die Bereitwilligkeit des Auslandes, deutsche Waren zu kaufen, die unter den Nachwirkungen des Krieges und der antideutschen Propaganda sehr gelitten hatte, ist wieder hergestellt. In die Stelle politischer Sentiments sind wieder wirtschaftliche Überlegungen getreten, und die Qualität der deutschen Ware bewährt sich als Werbemittel.“

Somit wird die Bedeutung des Inlandsmarktes selbst von dieser Seite anerkannt und speziell auch der Nebenwirkung gedacht, wie die Herstellungskosten gesenkt werden können. Die Auslassung der Disconto-Gesellschaft bestätigt vollinhaltlich das, was die Gewerkschaften in dieser Frage seit langem gepredigt haben.

Zum Problem des Preisniveaus.

Nach der Behauptung der Unternehmer sind die Löhne zu hoch. Sie beeinträchtigen das Geschäftsergebnis und die Gewinnbildung der Unternehmungen ganz gewaltig. Die Arbeiterenschaft ist bekanntlich anderer Meinung. Sie vertritt namentlich den Standpunkt, daß die Lohnbildung im Jahre 1927 günstig für die Unternehmungen gewesen ist und dadurch die Arbeiterenschaft von den Ergebnissen einer guten Konjunktur ausgeschlossen wurde. Dies wird auch in klarer Weise von einer unparteiischen Stelle ausgesprochen. In der „Sparkasse“, Zeitschrift für das Sparkassen- und kommunale Bankwesen, vom 1. Mai finden wir folgende bezeichnende Stelle:

„War die Lohnbildung 1927 ungünstig für die Industrie? Produktion von Produktionsmitteln erfordert Arbeitskräfte. Mehrproduktion also zusätzliche Arbeitskräfte. Sie wurden in den Produktionsprozess einbezogen. Was war natürlicher, als daß infolge der steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften die Löhne anstiegen? Ist das nicht der „natürliche Ablauf“ der Dinge, der eben nicht bloß für den Waren-, sondern auch für den Arbeitsmarkt gilt? Und war es der Industrie so unangenehm, daß in dieser Zeit rasch wachsender Beschäftigung die Tarifverträge noch bis in das Frühjahr 1928 hineinliefen und Lohnerhöhungen für sehr breite Arbeiterschichten ausblieben? Aber auch ohne Lohnerhöhungen mußte natürlich die Gesamtlohnsumme und daher die Produktion oder die Einfuhr von Konsumgütern wachsen. Waren nun noch größere Investitionen im Jahre 1927 möglich? Offenbar nur durch Kapitalimport, der ja erfolgte, in diesem Falle aber nicht zur Einfuhr von Konsumgütern, sondern von Produktionsmitteln die Grundlage geboten hätte. Aus der eigenen Wirtschaft hätte eine weitere Kapitalbildung nur bei geringerer Lohnsumme und geringerem Unternehmerkonsum stattfinden können. In diesem Falle wäre die Nachfrage nach Konsumgütern ge-

lunken, aber doch hätten im Inland aus eigenen Basisprodukten mehr Produktionsmittel nicht erzeugt werden können. Es hätten also Fertigungsgüter exportiert werden müssen, um Produktionsmittel, insbesondere Eisen und Stahl, einzuführen. War nun ein solcher Export von Fertigungsgütern zu den Preisen des Inlandsmarktes möglich? Offenkundig liegt hier die Schwierigkeit, wie wir überhaupt in allen Fragen des internationalen Handelsverkehrs und der Kapitalbildung in Deutschland immer wieder auf das Problem des Preisniveaus stoßen.“

Wir glauben, daß diesen durchaus klaren Worten nichts hinzuzufügen ist.

Arbeiterversicherung

Die internationale Ausbreitung der Krankenversicherung. Das Internationale Arbeitsamt hat kürzlich eine internationale Uebersicht über die Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit in den verschiedenen Ländern veröffentlicht. Gegenwärtig ist die Krankenversicherung in 23 Ländern eingeführt, mit Ausnahme von Chile und Japan sämtlich in Europa. Bekanntlich hat auch die französische Kammer kürzlich die Einführung der Zwangsversicherung beschlossen. Australien, Südafrika und Brasilien dürften Frankreich bald folgen. In Italien hat die neue Arbeitsverfassung die Einführung einer Krankenversicherung als erwünscht bezeichnet. Als erster Schritt wurde die Zwangsversicherung gegen Berufskrankheiten und Tuberkulose eingeführt. In den Vereinigten Staaten besteht keine Krankenversicherung, weder im Bund noch in den Gliedstaaten. In den meisten Ländern erstreckt sich die Krankenversicherung nur auf Lohn- und Gehaltsempfänger. Nur in drei Ländern — Schweiz, Portugal und Chile — sind sämtliche Arbeiter beziehungsweise sämtliche Erwerbsfähige mit niedrigen Einkommen eingeschlossen. Große Unterschiede bestehen in bezug auf den Anteil der Gesamtbevölkerung an der Krankenversicherung. In Japan und Estland sind 8 %, in Oesterreich und Großbritannien 35 % der Bevölkerung von der zwangsweisen Krankenversicherung erfaßt. Für landwirtschaftliche Arbeiter besteht nur in 12, für Hausangestellte in 15 Ländern eine Zwangsversicherung. Die Zahl der Länder, wo auch die Familienmitglieder der Versicherten im Krankheitsfall ärztliche Behandlung erhalten, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Familienangehörigen der Versicherten haben in Oesterreich, der Tschechoslowakei, Ungarn, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Jugoslawien einen Rechtsanspruch auf ärztliche Behandlung, in anderen Ländern steht der Familienangehörigen nur das Recht zu, ihre Leistungen auch auf Familienangehörige auszuwenden, wovon mit Ausnahme Großbritanniens die meisten Staaten, wie Deutschland und Luxemburg, einen ausgiebigen Gebrauch machen. Die versicherten Arbeiter müssen in sämtlichen Ländern Beiträge zahlen, mit Ausnahme von Rußland, wo die Beiträge allein von den Unternehmern aufgebracht werden. Auch die Unternehmer werden in sämtlichen Ländern zur Beitragstellung gezwungen, mit Ausnahme von Rumänien und der Schweiz. Der Staat beteiligt sich an der Beitragleistung nur in fünf Ländern: Bulgarien, Chile, Lettland, Litauen und Norwegen, in acht Ländern steuert er nur in Form von Unterstellungen bei oder trägt die Kosten für bestimmte Sonderleistungen. Der Gedanke der Schaffung von großen Versicherungsgemeinschaften durch Erfassung einer möglichst großen Anzahl von Arbeitnehmern der verschiedensten Industriezweige gewinnt dauernd an Boden gegenüber den Versicherungssystemen, die sich nur auf bestimmte Industriezweige erstrecken oder aber nur einen kleinen Kreis von Versicherten umfassen.

Maßeilen von Arbeitgebern in der Krankenversicherung.

In einer Anzahl von Fällen stellt sich bei einem Vergleich der in den Arbeitgeberbeiträgen für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung angegebenen Lohnhöhe, deren Richtigkeit natürlich von den Arbeitnehmern nachgeprüft wird, mit dem von den Arbeitgebern gegenüber den Krankenkassen angegebenen Arbeitsverdienst der Versicherten heraus, daß der letztere — zwecks Beitragssparnissen — zu niedrig angegeben wurde. Das hat bereits vor mehreren Wochen den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu einem Rundschreiben an die Landesarbeitsämter und öffentlichen Arbeitsnachweise veranlaßt, in dem es heißt:

„Offenbar werden Arbeitnehmer nicht selten mit einem geringeren Arbeitsverdienst als dem tatsächlichen, der später in der Arbeitgeberbeiträge angegeben wird, zur Krankenversicherung angemeldet, und es werden infolgedessen für sie zu geringe Beiträge zur Reichsanstalt geleistet. Diese Unrichtigkeit führt zwar nicht dazu, daß der Arbeitslose, wenn er tatsächlich den höheren Arbeitsverdienst bezogen hat, in die niedrigere, seinen Beiträgen entsprechende Lohnklasse eingestuft wird — diese Folge hat auch der Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung in seiner Sitzung vom 21. Februar 1928 verneint —, wohl aber müssen die Beiträge nachentrichtet werden, die zu wenig geleistet worden sind. Ich bitte die Landesarbeitsämter und die öffentlichen Arbeitsnachweise, auf dieser Minderhebung zu bestehen und in geeigneten Fällen auch eine Bestrafung der Arbeitgeber wegen der falschen Anmeldeung herbeizuführen...“

Natürlich bleiben die Arbeitnehmer bei solcher vom Präsidenten der Reichsanstalt geforderter Nachentrichtung von Beiträgen in jedem Falle außer Betracht.

Aus den Arbeitsgerichten

rd. Kündigung eines nicht ordnungsmäßig gewählten Betriebsratsmitgliedes. Die Wahlordnung zum Betriebsratgesetz bestimmt, daß die Gültigkeit der Wahlen während der Dauer des Ausschusses des Wahlergebnisses angefochten werden kann. — Die Anfechtung hat nach dem Betriebsratgesetz bei dem zuständigen Arbeitsgericht zu erfolgen.

Ein Arbeiter war nun — entgegen den gesetzlichen Bestimmungen — zum Mitglied der Betriebsvertretung gewählt worden, wiewohl er dem fraglichen Betriebe noch nicht 6 Mo-

rale angehörte. Es war bei der Wahl auch noch ein anderer Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften vorgekommen, in-

sofern nämlich, als statt fünf Arbeiter und eines Angestellten lediglich sechs Arbeiter in die Betriebsvertretung gewählt worden waren — die Angestellten hatten sich an der Wahl überhaupt nicht beteiligt. Die Wahl wäre sonach ansechtbar gewesen, doch war eine Anfechtung von keiner Seite erfolgt.

Nach einigen Monaten kündigte der Unternehmer dem erwähnten Arbeiter, ohne die Zustimmung des Betriebsrates eingeholt zu haben. Der gekündigte klagte auf Feststellung des Fortbestehens seines Arbeitsverhältnisses, worauf der beklagte Arbeitgeber geltend machte, die Wahl des Klägers zum Mitglied des Betriebsrates sei unglücklich.

Indessen hat das Landesarbeitsgericht Berlin, ebenso wie die Vorinstanz, dem klagenden Arbeiter rechtgegeben. Der Beklagte habe die in der Wahlordnung vorgeschriebene Anfechtungsfrist nicht gewahrt, infolgedessen können Mängel des Wahlverfahrens jetzt nicht mehr geltend gemacht werden. Der Ablauf der Anfechtungsfrist soll ja gerade die Unsicherheit des Wahlergebnisses beseitigen.

Sonach verliert die Entlassung des Klägers ohne Zustimmung der Betriebsvertretung gegen § 98 des Betriebsvertragsgesetzes (Landesarbeitsgericht Berlin, 101. S. 25. 27) (Nachdruck verboten.)

Polizei und Gerichte

rd. Tarifliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverband. Haben einzelne Arbeitnehmer daraus ein Klagerecht? Zwischen einem Arbeitgeberverband der Textilindustrie und dem deutschen Textilarbeiterverband war ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, nach dem die Arbeitgeber ihre Arbeitskräfte in erster Linie durch die in Frage kommenden Facharbeitsnachweise zu beziehen haben.

Das Oberlandesgericht Hamburg hat den Anspruch der Kläger für unbegründet erklärt. Es ist davon auszugehen, so wird in den Gründen ausgeführt, daß aus tarifvertraglichen Vereinbarungen nur die Vertragsparteien Rechte herleiten können. Man muß auch bedenken, daß nach der in Rede stehenden Vorschrift die Arbeitgeber verpflichtet sind, in erster Linie ihre Arbeitskräfte durch den Arbeitsnachweis des Textilarbeiterverbandes zu beziehen. — Wem sollte aber die Entscheidung darüber zustehen, ob ein Arbeitgeber diese sehr dehnbare Bestimmung verletzt hat, — dem Textilarbeiterverband oder den einzelnen Mitgliedern? Es wäre sehr wohl denkbar, daß der Vorstand des Textilarbeiterverbandes der Meinung ist, daß durch die Einstellung einzelner Arbeiter, ohne Benützung des Arbeitsnachweises, diese Bestimmung noch nicht verletzt ist, und daß auch die Mehrheit der Verbandsmitglieder diese Meinung teilt, während eine Minderheit anderer Meinung ist. Sollte es in einem solchen Falle der Minderheit gestattet sein, gegen den Willen des Vorstandes und der Mehrheit Hunderte von Klagen gegen den Arbeitgeberverband oder dessen einzelne Mitglieder zu erheben, um einen Streit zum Austrag zu bringen, der zwischen den Verbandsleitungen gar nicht besteht? — Man muß daher zu der Ansicht gelangen, daß nur der Verband durch seine berechtigten Organe beziehungsweise durch Mehrheitsbeschlüsse seiner Mitglieder darüber zu befinden hat, ob eine Verletzung des Tarifvertrages vorliegt, und welche Schritte deswegen zu unternehmen sind. (Oberlandesgericht Hamburg, Bf. II. 177. 27.) (Nachdruck verboten.)

Verchiedenes

200 Enklaven im Reich.

Ueber die Gebieteinteilung des Deutschen Reichs veröffentlichte „Wirtschaft und Statistik“ einen Ueberblick, der mit großer Deutlichkeit zeigt, wie weit die Zerstückelung des Reichs auf verwaltungspolitischem Gebiet geht. Es heißt unter anderem:

Von den 18 Ländern haben nur 8 eine Einwohnerzahl von mehr als einer Million. 3 Länder haben eine Einwohnerzahl, die zwischen einer halben und der ganzen Million liegt, während die übrigen 7 Länder jeweils Einwohnerzahlen von weniger als einer halben Million aufzuweisen haben. Dementsprechend sind auch die Durchschnittseinschaltzahlen der Verwaltungsbezirke außerordentlich verschieden. Die verhältnismäßig größten Verwaltungsbezirke haben Sachsen, Hessen, Braunschweig, Preußen und Anhalt. Während in Preußen die durchschnittliche Einwohnerzahl des Landkreises 54 500 ist, ist die Durchschnittsgröße der kleineren Verwaltungsbezirke in Bayern 3 500, und sie sinkt in Mecklenburg-Strelitz und Lippe auf 1 000 beziehungsweise 1 100 herab. Erheblich ungenügender wird nach dem Bild, wenn man die Zerstückeltheit dieser Länder betrachtet. Die deutschen Länder, von den Verwaltungsbezirken völlig zu schwächen, haben nicht weniger als 200 Enklaven. Nicht weniger als 200 Gebiete sind von ihrem eigentlichen Stammland abgetrennt und, soweit sie nicht an der Reichsgrenze liegen, vollständig von anderen Ländern umgeben. In Preußen zum Beispiel liegen nicht weniger als 77 fremde Landestheile, während 71 preussische Gebiete überdies vom Gebiet anderer Länder eingeschlossen sind. Insbesondere Baden, Thüringen und Braunschweig mit je 10 bis 15 preussischen Enklaven sind hier bemerkenswert, aber Thüringen seinerseits ist nicht gleichzeitig auch 14 zu Sachsen gehörige Gebiete.

Für 166 ebenfalls Enklaven, die vollständig von anderen Land umschlossen sind, legt „Wirtschaft und Statistik“ eine Spezialaufstellung vor. Sie zeigt, daß alle diese Gebiete noch nicht eine Million Einwohner zählen, und daß nur drei von ihnen über 100 000 Einwohner haben und nur zehn über 20 000, während 53 Flächen überhaupt an der Wohnfläche sind, aber nichtsdestoweniger erhebliche Verwaltungskosten verursachen werden. Höchste Zeit wäre es,

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anrungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbige Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

einen Weg zu finden, auf dem die ungläubliche Zerrissenheit des Reichs als Verwaltungsgebiet ohne jahrelange Verhandlungen und ohne fünfzig Staatsverträge aus der Welt geschafft werden kann, und zwar nicht etwa nur durch Beseitigung dieser Enklaven, sondern durch eine große Farbvereinigung im ganzen Reich.

Fachtechnisches

Ueber den Sprechabend für Anstrichtechnik in Karlsruhe schreibt uns ein Kollege: In der Eröffnungssprache betonte der Vorsitzende, daß Wissenschaft und Fachkreise zusammenarbeiten müßten, und daß der Fachauschuss gern bereit sei, Anregungen aus Fachreisen entgegenzunehmen.

Der Vortragende, Herr Diplomingenieur Mees, verwies auf die vom Fachauschuss für Anstrichtechnik herausgegebene Broschüre „Rationelle Betriebstechnik“, in der dargelegt ist, daß zuviel Sorten Farben und Bindemittel hergestellt werden. Der Maler verliere dabei leider die Ueberblick, da zur Zeit über 1000 Farben hergestellt würden. Man müsse also darauf dringen, daß diese Zahl eingeschränkt werde. Nach Meinung des Referenten würden ungefähr 225 Farben genügen. Allerdings müßte dann eine besondere Farbentechnik bestehen; nur reine Farben dürften auf den Markt kommen. Auf den Ausdruck „Chemisch reine Farbe“ könne man gerne verzichten. Für den Handwerker wäre die praktische Prüfung der Farbe wichtiger als die chemische. Die praktische Prüfung wäre aber sehr schwierig. Es sei auch schwer zu sagen, wieviel eine Farbe ausgibt. Fest steht, daß reine Farben sich besser rentieren als verschnittenen. Ganz allgemein sei zu sagen: Man kaufe keine Farbe, aus deren Namen nicht hervorgeht, aus was sie hergestellt ist. Bezeichnend wäre allerdings, daß auch glänzende „Gutachten“ über minderwertige Farben vorliegen. Wie solche Gutachten zustande kommen, sei allerdings unverständlich. Weiter referierte der Redner über die Leerfarben. Auch hier sollte man nur von guten Firmen kaufen. Denn gerade auf diesem Gebiet werde sehr viel Verchnitt hergestellt.

Redner behandelte sodann die Bindemittel und gab einige praktische Ratsschläge, wie man diese prüfen könne. Eine genaue Prüfung wäre allerdings nur dem Chemiker möglich.

Der Referent ging dann zur Rostschußfarbe über. Sehr wichtig wäre hier die Feststellung: Was ist Rostschußfarbe? Gerade auf diesem Gebiet bekomme man sehr viele verschiedenfarbene Farben, die ausdrücklich als Rostschußfarben bezeichnet werden, aber nicht dafür angesprochen werden können.

Zum Sprühverfahren übergehend, meinte der Referent, daß der Fachauschuss dauernd Anfragen über Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit erhalte. Dazu könne er sagen: für den kleinen Betrieb sei diese Frage noch nicht reif, für den Großbetrieb aber unentbehrlich.

Die Sprühlackierung sei schon weit vorgeschritten und weise gute Erfolge auf. Beim Farbsprühen läge es aber noch anders, nicht nur bei Delfarbe, sondern ganz besonders bei Kasein und Leimfarbe. Viel Übung und Ausprobieren gehöre dazu, um einen solchen Apparat auszunutzen. Es fehle vor allem bewegliche und leichte Apparate. Ob die gespritzte Farbfläche dieselbe Haltbarkeit besitze wie eine gestrichene, kann der Referent nicht sagen, da er noch zu wenig Erfahrung auf diesem Gebiet besitze.

Im zweiten Punkt wurden die heute in der Industrie gebräuchlichen Sprüh- und Schleifapparate vorgeführt. Der Referent sagte hierzu, ob Rationalisierung oder Typisierung, die Hauptsache sei die Verbilligung. Solche Maschinen könne unglücklich viel leisten. Voraussetzung sei hier natürlich, daß recht viel Arbeit da ist. Die Farbnebel seien sehr gefährlich, es würde hier noch an der Verbesserung der Abszugsanlagen studiert.

Die Aussprache war sehr mager. Einige Wissenschaftler sprachen über die Verbesserung der Sprühapparate. Aus Fachreisen sprach nur ein Arbeitgeber. Dieser Herr sagte sich warm für die Sprühapparate ein. Es müsse so weiter kommen, daß jeder Malerbetrieb auch seinen Sprühapparat habe. Allerdings müßten sie noch besser, beweglicher und vor allem billiger werden. Einen Schaden hätten die Malermeister davon bestimmt nicht.

Fachliteratur

Im neuen, modernen Gewande und verbesserter Ausstattung liegt uns das erste Heft des neuen Jahrganges der „Deutschen Malerzeitung die Mappe“ im Verlag Georg D. W. Callwey, München, vor. Die farbigen Beilagen bringen Wiedergaben von Originalarbeiten bekannter Maler. Auch das Textbildmaterial ist gut ausgewählt. Im Leitartikel nimmt Oberstudienrat Otto Nückert von der Münchener Städtischen Malerschule als neuer, kulturell-künstlerischer Berater der „Mappe“ das Wort zu den neuen Aufgaben und Zielen dieser Fachzeitung, die sich dem Juge der Zeit entsprechend umstellen mußte.

Literarisches

Urania. Heft 7. Zu den eindrucksvollsten Beobachtungen des Lebens gehört die unmittelbare Anschauung der Entwicklung des Einzelwesens. Was man ohne irgendwelche Einrichtungen und Apparate gerade jetzt im Frühjahr beim Frosch als anschauliche Entwicklungsstadien studieren kann, schildert mit prächtigen Naturstudien der Senaer Biologe Prof. Dr. Julius Schwarze im Heft 7 der Urania. Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft. Jahrgang 1927/28. Die Prüfung alles bisher dagewesenen übersehender Hochspannungen haben zur Erarbeitung einer Untersuchungssteckbriefe geführt, die zu den ersaunlichsten Leistungen des Erfindergeistes zählen. Überl. F. W. F. S. e. r. berichtet darüber in Wort und Bild. Das Wohnungsproblem ist immer noch eine der brennendsten Volksfragen. Prof. M. u. e. zeigt, wie die Industrialisierung des Wohnhauses der rechte Weg zur Herstellung von Massenwohnungen ist. Drahtlose Fernphotographie, letzte Messung der Beleuchtungsstärke, Anleitung zu astronomischen Beobachtungen und Naturbilder enthalten die Notizen in „Die Welt des Menschen“. Heinrich Hoffmann führt uns auf einer sozialen Wanderung durch seine Heimat Schleswig-Holstein, wobei wir Geschichte, wirtschaftliche Lage und Zukunft des Fischererwerbes kennenlernen. „Nicht betteln, nicht bitten! Nur mütig gestritten!“ ist der Ruf, in dem die Liebdebilde anstirnt. Probehefte und Prospekte werden von der Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Sena, auf Verlangen gern zur Verfügung gestellt.

Die Bildervere. Zeitschrift für sozialistische Buchertr. Mit der ständigen Beilage „Arbeiter-Bildung“. Herausgegeben vom Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Bezugspreis durch die Post oder jede Buchhandlung 1,50 M. im Vierteljahr. Einzelnummern kosten 75 P. Probeummern stellt der Herausgeber gern zur Verfügung.

Gesetz betreffen die Beschlagnahme des Arbeiter- oder Dienstlohnens. Verordnung über Lohnpfindung. Mit drei Lohnpfindungsstellen nach dem Gesetz vom 27. Februar 1928. Zusammengefasst und herausgegeben von Marx & Sohn, 3. Auflage. Verlag: Max Galle, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 47. Preis: 1,20 M. Die Broschüre und auch die übersichtlich geordneten Tabellen geben allen Interessierten in knapper Form die notwendigen Aufklärungen über das Lohnbeschlagsmaßnahme.

Die beste Quelle zur kommunalpolitischen Information ist die „Gemeinde“. In der Öffentlichkeit wird jetzt der Kongress des Internationalen Städte- und Gemeindeförderungsbundes, der vom 5. bis 9. Oktober 1928 in Sevilla stattfindet. Die „Gemeinde“ ist in der Lage, aus der Feder des Präsidenten dieses Verbandes einen Artikel zu veröffentlichen. In dem zu ersehnenen Heft Nr. 8 schreibt der Präsident Albin-Amstern über die Entstehung, Entwicklung und den Kongress dieses großen Verbandes. Ueber die letzten Arbeiten des preussischen Landtages bei den Untereinheitsfragen berichtet der Landtagsabgeordnete H. S. Sarnisch. Die Erfahrungen der Stadt Berlin als Eigentümer landwirtschaftlicher Grundbesitz (Berliner Stadtgüter G. m. b. H.) bezieht der Stadterordnete A. W. Z. zu der Stellungnahme der Verbandsratung der Arbeitsämter liefert Hermann Küllisch-Dorbau ein interessantes Beitrag. Die „Kommunale Mundschau“ und die Landgemeindenratung geben die schnellste und umfassendste Information von allen kommunalpolitischen wissenswerten Gebieten. Die „Gemeinde“ erscheint 14-tägig beim Verlag G. S. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 und kostet monatlich 90 P. Bestellung durch die Post oder direkt durch den Verlag.

Vom 13. Mai bis 19. Mai ist die 20. Beitragswoche, Vom 21. Mai bis 27. Mai ist die 21. Beitragswoche.

Sterbefall.

Berlin. Am 20. April starb der Kollege Robert André, geboren am 30. März 1874 in Schönfließ. Dresden. Am 5. Mai starb plötzlich an Lungenschlag unser treuer Kollege Georg Pöhl im Alter von 62 Jahren. Hannover. Am 4. Mai starb unser Kollege Fritz Volkman an Herzschlag, geboren am 8. November 1870 in Nordhausen.

Ehre ihrem Andenken!

Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bau- und anderer gewerblicher Arbeiter „Grundstein zur Einigkeit“

bietet jedem Arbeiter eine Doppelversicherung gegen Krankheit und Sterbefall.

Damit schützt er sich und seine Familie vor Nöten und Sorgen. Die Kasse wurde im Jahre 1877 von Bauarbeitern gegründet. Es sind zur Zeit über 350 Verwaltungsstellen in Deutschland. Sie hat nicht das Bestreben, große Vermögen anzusammeln und damit kapitalistische Unternehmungen zu stützen. Alle Gelder werden nur für die durch Krankheit und Sterbefall in Not geratenen Mitglieder verwendet.

Die Kasse gewährt, je nach der Klasse, in Krankheitsfällen eine Unterstützung bis zu 12,30 Reichsmark pro Woche und im Sterbefall eine solche bis 112 Reichsmark. — Jeder Arbeiter wird bis zum 50. Lebensjahre aufgenommen. — Das Beitrittsgeld beträgt 1 Reichsmark. — Auskunft erteilen jede Baugewerkschaft und der

Vorstand der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bau- und anderer gewerblicher Arbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ (Zuschußkasse), Hamburg, Wallstraße 1, l.